



Wilhelm–Pfannkuch–Haus
Humboldtstraße 8a
34117 Kassel

Telefon 0561 7001014
Telefax 0561 7001019
Jusos.Hessen–Nord@spd.de

Beschlussbuch der Juso–Bezirkskonferenz Hessen–Nord 2012

01.04.2012
HKZ Rotenburg a. d. Fulda

ONLINE–VERSION

Vorwort

Beschlossene Anträge

Teil I : Innen-, Arbeits-, Sozial-, und Bundespolitik

I 1	Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bestehenden Freiwilligenstrukturen	Bezirksvorstand
I 2	Freiwilliges Engagement stärken	Unterbezirk Kassel-Stadt
I 3	Ausbau der Hochgeschwindigkeitstele- kommunikationsnetze	Bezirksvorstand
I 4	Für ein barrierefreies Netz	Bezirksvorstand
I 5	Teilzeit- und Befristungsgesetz	Unterbezirk Kassel-Land
I 6	Befristete Beschäftigung	AK Wirtschaft Bezirksvorstand
I 7	Abschaffung des Verfassungsschutzes	Unterbezirk Kassel-Stadt
I 9	Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
I 10	42-Stunden-Woche in Hessen abschaffen	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Teil B: Bildung

B 2	Kostenfreie Kindergarten- & Krippenplätze	Unterbezirk Fulda
B 3	Dorschulen erhalten	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
B 4	Gleiche Chancen für AbiturientInnen an beruflichen Gymnasien	Unterbezirk Kassel-Stadt
B 5	Gleiche Chancen für alle! Lernmittelfreiheit garantieren	Unterbezirk Kassel-Land
B 6	Internationale Schule ablehnen	Unterbezirk Kassel-Stadt

Teil U: Umwelt/Verkehr und Energie

U 1	Sofortprogramm für die Energiewende	Unterbezirk Kassel-Stadt
U 2	Energiewende-Chancen für Städte und Gemeinden	Unterbezirk Schwalm-Eder
U 3	Busse und Bahnen nicht ausbremsen	Unterbezirk Kassel-Land
U 4	Medikamente in der Massentierhaltung	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Teil K: Kommunalpolitik

K 1	Mehr Demokratie auf kommunaler Ebene wagen	Unterbezirk Schwalm-Eder
K 2	Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum	Unterbezirk Schwalm-Eder
K 3	Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen Sozialplanung	Unterbezirk Schwalm-Eder

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord
Beschlussbuch • Inhalt**

K 4	Kommunale Finanzen	Unterbezirk Schwalm-Eder
K 5	Ausbildungssituation in den Landrats- Ämtern	Unterbezirk Kassel-Land
K 8	Sicherung der Gewerbesteuer	Unterbezirk Schwalm-Eder
K 9	Ehrenamtsförderung	Unterbezirk Schwalm-Eder

Teil EU: Europa

EU 1	Fiskalunion und Wirtschaftsregierung-light helfen Europa nicht aus der Krise	Bezirksvorstand
EU 3	Mehr direktdemokratische Elemente in der EU	Unterbezirk Schwalm-Eder

Teil F: Finanzen

F 1	Transaktionssteuermodell	Bezirksvorstand
F 3	Emanzipierung von den großen Drei	Unterbezirk Schwalm-Eder
F 4	Regulierung der Finanzmärkte	Unterbezirk Schwalm-Eder
F 5	Trennung der Banken in Investment- und Geschäftsbanken	Unterbezirk Schwalm-Eder

Teil O: Organisation

O 1	Transparenz und Partizipation	Bezirksvorstand
O 2	Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Teilhabe aller Menschen	Bezirksvorstand
O 4	Trennung von Amt und Mandat	Unterbezirk Schwalm-Eder

Teil L: Land

L 1	Familienkarte Hessen	Unterbezirk Schwalm-Eder
-----	----------------------	--------------------------

Initiativanträge

Ini1	Solarkürzung	
Ini2	Ehrensold abschaffen für Bundes- präsidenten, die aus nicht politischen Gründen abtreten	

Vorwort

In der vorliegenden online-Version des Beschlussbuchs der Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord 2012 in Rotenburg an der Fulda werden die Ergebnisse der Antragsberatungen dokumentiert.

Kassel, im Mai 2012

Beschlossene Anträge

Innen-, Arbeits-, Sozial- und Bundespolitik

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| I 1 | Überführung des Bundesfreiwilligendienstes
in die bestehenden Freiwilligenstrukturen | Bezirksvorstand |
| I 2 | Freiwilliges Engagement stärken | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| I 3 | Ausbau der Hochgeschwindigkeitstele-
kommunikationsnetze | Bezirksvorstand |
| I 4 | Für ein barrierefreies Netz | Bezirksvorstand |
| I 5 | Teilzeit- und Befristungsgesetz | Unterbezirk Kassel-Land |
| I 6 | Befristete Beschäftigung | AK Wirtschaft Bezirksvorstand |
| I 7 | Abschaffung des Verfassungsschutzes | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| I 9 | Rassismus und Rechtsextremismus
bekämpfen | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| I 10 | 42-Stunden-Woche in Hessen abschaffen | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: I 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Landeskonferenz Hessen, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-
Bundestagsfraktion

Betr.: Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die beste-
henden Freiwilligendienststrukturen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2

3 Als die schwarz-gelbe Bundesregierung im letzten Jahr ankündigte die Wehrpflicht auszuset-
4 zen, stand auch die Frage im Raum, wie man damit umgeht, dass bei einem solchen Schritt
5 zwangsläufig auch keine Zivildienstleistenden mehr „rekrutiert“ werden. Die Bundesregierung
6 entschied sich unter anderem deshalb ein Freiwilligenprogramm aufzulegen, das zum Ziel hat
7 viele der Zivildienststellen, in dieses neue Format zu überführen und dementsprechend nicht
8 einfach wegfällen zu lassen. Dahinter steckt die Überlegung, dass die Zivildienststellen mittler-
9 weile einen gewaltigen Stellenwert für viele soziale und kulturelle Einrichtungen eingenommen
10 hatten. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) sollte dementsprechend eine zwangsläufig
11 auftretende Lücke schließen, zumal im Bundeshaushalt die bisherigen Mittel für den Zivildienst
12 bereits vorhanden waren und so schnell und unkompliziert dem neuen Programm zur Verfü-
13 gung gestellt werden konnten. Aber warum eigentlich einen neuen Freiwilligendienst schaffen,
14 schließlich gibt es seit vielen Jahren Freiwilligenprogramme wie das Freiwillige Soziale Jahr
15 (FSJ) oder auch das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)? Diese bestehenden Freiwilligenpro-
16 gramme leisteten bereits zu Zeiten des Zivildienstes eine wichtige zivilgesellschaftliche Funkti-
17 on und hätten durch den Wegfall des Zivildienstes eine Aufwertung erfahren können, die leider
18 politisch nicht gewollt war!

19 Die Folgen dieser neuen Doppelstruktur laufen dem eigentlichen Ziel, junge Menschen einen
20 Einblick in soziale oder kulturelle Einrichtungen zu gewähren und zivilgesellschaftliches Enga-
21 gement zu fördern, zuwider. Wir haben es hier nicht nur mit einer Doppelstruktur zu tun, die
22 sich anhand des Namens konstruiert, sondern vielmehr zwei unterschiedliche Herangehens-
23 weisen: Gibt es in den klassischen Freiwilligenprogrammen einen Dreiklang von Freiwilligen,
24 den Einrichtungen und dem vermittelnden Trägern der Einsatzstellen, wird dieser im BFD auf-
25 gelöst. Hierfür wurde extra eine neue Bundesbehörde geschaffen, das Bundesamt für Familie
26 und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), ehemals Bundesamt für Zivildienst (BAZ), die den
27 BFD unter eine Zentralverwaltung stellt. Das Prinzip, dass örtliche Träger als Mediator zwi-
28 schen den örtlichen Einsatzstellen und den Freiwilligen fungieren, wird hierdurch massiv torpe-
29 diert und dies nicht zum Vorteil für die Freiwilligen und die Einsatzstellen. So ist der Träger
30 nicht mehr eigenständiger Vertragspartner, sondern handelt nur noch als eine Art Kommissio-
31 när zwischen dem Freiwilligen und der BAFzA. Wer freiwilliges zivilgesellschaftliches Engage-
32 ment fördern möchte, zugleich allerdings das bewährte Trägerprinzip, das gesellschaftliche
33 Akteure direkt vor Ort einbindet, aushebelt, verfolgt offensichtlich ein ganz anderes Ziel!

34 Das eigentliche Ziel des BFD wird dann deutlich, wenn man sich seine Entstehungsgeschichte
35 noch einmal etwas genauer anschaut. Weitläufig reden wir davon, dass die Wehrpflicht in
36 Deutschland abgeschafft wurde. Dies ist aber nicht Fall. Für die Abschaffung der Wehrpflicht
37 wäre eine Grundgesetzänderung notwendig gewesen. Die schwarz-gelbe Regierung hat sich
38 diese allerdings juristisch über eine „Aussetzung“ erspart. Das bedeutet, dass in Deutschland

39 weiterhin die Wehrpflicht und somit auch der verpflichtende Ersatzdienst Bestand hat. Auch
40 wenn die Wehrpflicht zurzeit nicht Anwendung findet, wäre dies durch eine Entscheidung des
41 Bundestages bereits morgen wieder möglich! Die Möglichkeit die Wehrpflicht jederzeit wieder
42 „einzusetzen“, bedeutet allerdings auch, dass die bisherigen Strukturen weitestgehend beibe-
43 halten werden müssen. Das heißt, dass die Bundesregierung Einrichtungen (bspw. das BAZ,
44 jetzt BAFzA) oder die Zivildienstschulen) weiter betreibt für den Fall, dass neben der Wehr-
45 pflicht auch der verpflichtende Ersatzdienst eines Tages wiederkehrt. Die Bundesregierung
46 betreibt hier Augenschere, denn den großen Schritt, die Wehrpflicht aus dem Grundgesetz
47 zu streichen, hat sie vertan.

48 Wir brauchen keine Wehrpflicht und auch keinen verpflichtenden Ersatzdienst. Die Wehrpflicht
49 ist ein Relikt des Kalten Krieges. Wir lehnen die grundgesetzliche Beibehaltung der Wehrpflicht
50 ab, da durch ein bloßes „Aussetzen“ die mit der Wehrpflicht verbundenen Gerechtigkeits- und
51 Grundsatzfragen nicht beantwortet sind! Wir halten die Wehrpflicht weiterhin für verfassungs-
52 widriges Verfassungsrecht, da sie nicht nur dem grundgesetzlichen Wert der Gleichberechtigung
53 von Frauen und Männern (Art. 3 GG) und dem Verbot von Zwangsarbeit (Art. 12 GG)
54 widerspricht, sondern auch mit seinem Zwangscharakter eklatant der Menschenwürde (Art. 1
55 GG) entgegen steht. Wir streben daher die Streichung des Art. 12a (Wehr- und Dienstpflicht)
56 an. Dies ist der erste Schritt, um die bestehenden Freiwilligendienste zu stärken und unnütze
57 Doppelstrukturen durch die Schaffung des BFD wieder abzuschaffen.

58 Im zweiten Schritt bedarf es einer Neuregelung der bisherigen Verantwortlichkeiten von Bund
59 und Ländern im Bereich der Freiwilligendienste. Zurzeit werden die bestehenden Freiwilligen-
60 dienste hauptsächlich unter dem Aspekt der „Bildung“ gefasst und fallen deshalb in die Zu-
61 ständigkeit der Länder. Dass den Freiwilligendiensten eine Bildungskomponente nicht abzu-
62 sprechen ist, dafür machen wir uns stark. Zum anderen gilt es allerdings den Aspekt des zivil-
63 gesellschaftlichen Engagements stärker zu fassen und dem Bildungsaspekt zumindest gleich-
64 zusetzen. Über dieses Begründungsmuster für die Freiwilligendienste ist auch eine neue Finan-
65 zierungsstruktur möglich. Zurzeit bezuschusst der Bund zwar bspw. das FSJ oder FÖJ, die
66 Hauptverantwortung für die Finanzierung und auch die organisatorische Begleitung liegt aller-
67 dings bei den Ländern. Diese Praxis hat sich bewährt. Mit Sorge sehen wir daher, dass der
68 Bund nun einen neuen Freiwilligendienst schafft, der wesentlich höhere finanzielle Anreize setzt
69 und so versucht dem FSJ/FÖJ Freiwillige abzuwerben! Vielmehr muss es im Sinne der Stär-
70 kung des zivilgesellschaftlichen Engagements dazu kommen, dass der Bund die Länder stär-
71 ker bei der Finanzierung der bestehenden Strukturen unterstützt. Dem BAFzA stehen 270 Mio.
72 € im Bundeshaushalt 2012 zur Verfügung. Für die bestehenden Strukturen hat der Bund seinen
73 Finanzierungsanteil im Zuge der Wehrpflichtaussetzung zwar um etwas mehr als 20 Mio. € seit
74 2010 auf 93 Mio. € im Haushaltsjahr 2012 erhöht, im Vergleich zur Finanzausstattung des
75 BFDs sind dies allerdings nur Marginalbeträge. Auch wenn man Freiwilligendienste unter dem
76 Aspekt einer beruflichen Orientierung für junge Erwachsene fasst, wäre eine stärkere finanziel-
77 le Beteiligung des Bundes verfassungsrechtlich wenig problematisch, schließlich besitzt der
78 Bund im Bereich der beruflichen Bildung mit die letzten bildungspolitischen Kompetenzen über-
79 haupt! Für uns ist die Argumentation, dass der Bund das FSJ oder FÖJ nicht stärker mitfinan-
80 zieren könne absurd und an den Haaren herbeigezogen.

81 Mit Sorge sehen wir zudem, dass die Bundesregierung über den BFD versucht die Arbeitslo-
82 senstatistik zu schönen. Gibt es für das FSJ/FÖJ eine Altersbegrenzung, wurde diese beim
83 BFD bewusst nicht getroffen. Prinzipiell sehen wir auch eine Beteiligung älterer Menschen an
84 Freiwilligendiensten positiv, eine Verschiebung von Langzeitarbeitslosen in den BFD halten wir
85 allerdings für wenig zielführend. Freiwilligendienste können zwar eine berufliche Orientierung
86 bieten, können allerdings nicht als Ersatz für berufliche Weiterqualifizierung verstanden wer-
87 den! Außerdem muss arbeitsmarktpolitisch darauf hingewirkt werden, dass die geschaffenen
88 Freiwilligendienststellen keine reguläre Beschäftigung verhindert. Mussten beim Zivildienst aus
89 der Not heraus viele Stellen geschaffen werden, muss es bei den Freiwilligendiensten um Qua-
90 lität gehen. Zivildienstleistende als billige Arbeitskräfte gibt es nicht mehr! Und der BFD darf
91 hierfür auch kein Ersatz sein! Wo die Chance besteht, ehemalige Zivildienststellen in reguläre
92 Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, muss dies geschehen und nicht durch die Ersetzung
93 durch Freiwilligendienststellen kompensiert werden. Die Aussetzung der Wehrpflicht könnte
94 somit auch arbeitsmarktpolitisch positive Auswirkungen haben.

95 Abschließend können wir festhalten, dass wir weder die Wehrpflicht im Grundgesetz brauchen,
96 noch ein neues Freiwilligenprogramm, das den bisherigen Programmen unnötig Konkurrenz
97 macht und zudem als eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Erwerbslose fungieren soll.
98 Wir lehnen den Bundesfreiwilligendienst ab und fordern stattdessen die Auflösung der beste-
99 henden Doppelstruktur in den Freiwilligendiensten und eine Überführung der finanziellen Mittel
100 des BFDs in die bestehende Struktur der Freiwilligendienste! Nur so können die Freiwilligen-
101 dienste ein qualitativ-hochwertiges Angebot sein, das zivilgesellschaftliches Engagement för-
102 dert und zudem berufliche Orientierung bietet

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: 1 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz Hessen, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Freiwilliges Engagement stärken!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Freiwilliges Engagement bereichert unsere Gesellschaft und ist in Deutschland trotz
4 Flexibilisierungen in den Arbeitsverhältnissen und erhöhtem Leistungsdruck in Schule und
5 Universität immer noch stark ausgeprägt. So engagieren sich in Deutschland rund ein Drittel
6 der Wohnbevölkerung ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder Organisationen. Freiwilliges
7 Engagement ist für uns Jusos gesellschaftliche Partizipation, um unsere Gesellschaft an vielen
8 Stellen gerechter, sozialer und vielfältiger zu gestalten. Leider gibt es allerdings in den letzten
9 Jahren bzw. Jahrzehnten Tendenzen, die wir als Jusos so nicht mittragen können und wollen.

10
11 **Abnehmendes Engagement unter Jugendlichen**

12 Das freiwillige Engagement im Ehrenamt nimmt unter Jugendlichen ab! Dies ist sehr
13 bedauerlich, die Gründe hierfür sind allerdings klar ausfindig zu machen. So führt die
14 Schulzeitverkürzung des Gymnasiums und die Verschulung des Studiums dazu, dass viele
15 Jugendliche unter einem erhöhtem Leistungsdruck stehen, der direkt dazu führt, dass das
16 ehrenamtliche Engagement unter Jugendlichen stetig abnimmt. Wir Jusos fordern daher die
17 Schulzeitverkürzung von G9 auf G8 rückgängig zu machen und die Studienorganisation soweit
18 zu reformieren, dass es auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder möglich wird sich
19 stärker ehrenamtlich zu engagieren. Auch die inhaltliche Konzeption von Schulen, Ausbildung
20 und Studium, muss wieder mehr die Gemeinschafts- und Gesellschaftsaspekte aufgreifen und
21 nicht eine „Welt der Konkurrenz und des EinzelkämpferInnenentums fördern. Auch für junge
22 Erwerbstätige ist es schwieriger geworden sich ehrenamtlich zu engagieren. Gerade unter
23 jungen ArbeitnehmerInnen ist prekäre Beschäftigung mittlerweile leider zum Normalfall
24 geworden. Um auch hier die gesellschaftliche Teilhabe durch freiwilliges Engagement wieder
25 zu erhöhen, braucht es Maßnahmen, die dafür Sorge tragen, dass reguläre Beschäftigung
26 ohne ausufernde Befristungen und Flexibilitätsansprüchen wieder zum Normalfall in
27 Deutschland wird!

28
29 **Grenzen von freiwilligem Engagement**

30 Wir Jusos sehen es mit großen Bedenken, dass der Staat sich immer weiter aus seinen
31 Verpflichtungen stiehlt. Für uns ist klar, dass freiwilliges Engagement immer als Ergänzung zur
32 staatlichen Daseinsfürsorge zu sehen ist und nicht zum Ersatz hierfür werden darf. Dies zeigt
33 sich vor allem auf der kommunalen Ebene. Für uns ist es untragbar, dass Bedürftige bspw. auf
34 das freiwillige Engagement der Tafeln angewiesen sind. In einer der reichsten
35 Volkswirtschaften der Welt müssen Menschen um Essen betteln. Ein unhaltbarer Zustand
36 und ein Versagen des Staates und der Kommunen. Auch wenn bspw. örtliche Fördervereine in
37 die Pflicht genommen werden, um „öffentliche“ Einrichtungen weiter zu betreiben, damit sich
38 der Staat oder die Kommune immer stärker zurückziehen kann, ist aus unserer Sicht
39 unverständlich. Der Staat und die Kommunen müssen endlich wieder für die Daseinsfürsorge
40 einstehen und diese nicht privaten Initiativen überlassen. Deshalb ist es umso wichtiger vor

41 allem die Kommunen finanziell stärker zu unterstützen, damit sie dieser Aufgabe nachkommen
42 können.

43

44 **Gender und freiwilliges Engagement**

45 Auch im Ehrenamt gibt es geschlechterspezifische Unterschiede. So engagieren sich Frauen
46 hauptsächlich in Schulen, der Kirche oder im Sozialbereich. Dass gerade freiwilliges
47 Engagement im Sozialbereich mit starken Belastungen korreliert und häufig auch zu
48 Überforderungen führt, trifft somit stärker Frauen als Männer. Wer freiwilliges Engagement
49 fördern will, muss daher die Rahmenbedingungen auch von staatlicher oder kommunaler Seite
50 soweit verändern, dass dieses Engagement stärker wertgeschätzt und die Arbeitsbedingungen
51 verbessert werden, damit sie eben nicht zur Überforderung oder gesundheitlichen
52 Beeinträchtigungen führen.

53 Für uns Jusos ist klar, dass freiwilliges Engagement ein wichtiger Bestandteil einer
54 demokratischen und lebendigen Gesellschaft ist. Gerade deshalb müssen wir uns dafür stark
55 machen, dass das Ehrenamt nicht zur Überforderung der Freiwilligen führt und nicht durch den
56 Staat oder die Kommune für ureigene Aufgaben vereinnahmt wird!

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ
--

Antrag: I 3

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Ausbau der Hochgeschwindigkeits-
Telekommunikationsnetze – Netzpläne privater Betreiber in
die öffentliche Hand!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Der Ausbau des sogenannten Next Generation Access (NGA), den Hochgeschwindigkeits-
4 Telekommunikations- (TK) Netzen, läuft in Deutschland schleppend voran. Die
5 Lippenbekenntnisse von Angela Merkel und der Bundesregierung auf dem vierten IT Gipfel im
6 Jahr 2009 und in ihrer Breibandstrategie zu einem „leistungsfähigen Breitbandanschluss“
7 (mindestens 128 kBit/s in beide Richtungen) bis 2010 für alle Bundesbürger sind eben nur
8 Lippenbekenntnisse geblieben.

9 Im Vergleich mit anderen Ländern wie den USA ist der Ausbau der NGA in Deutschland weit
10 unter deren Niveau.

11 Auf Druck des Koalitionspartners FDP kam es zu keiner Verpflichtung der TK-Netzanbieter zu
12 einer flächendeckenden Grundversorgung mit schnellem Internet. Auch die von der
13 Bundesregierung bereitgestellten Mittel sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

14 Leidtragende sind ländliche Regionen mit wenig Einwohnern und kleinere Kommunen.

15 Denn die Netzbetreiber sind profitorientiert. Die Deutsche Telekom und ihre
16 Tochtergesellschaften haben offiziell den Regelausbau in der Sparte Festnetz beendet.
17 Gleiches gilt auch für Vodafone und andere.

18 Entgegen der Investitionsbereitschaft der Telekommunikationsnetzbetreiber steigt jedoch der
19 Bedarf an schnellen Internetverbindungen in Stadt und Land.

20 Das Telefonnetz auf Kupferbasis ist den Anforderungen von heute und morgen nicht
21 gewachsen. Neue Technologien sind notwendig und deren Ausbau müsste jetzt stattfinden.

22 NGA sind heutzutage für Kommunen und Gemeinden ein klarer Standort-Vorteil. Schon lange
23 sind nicht mehr nur Spezialfirmen, die direkt mit dem Internet ihr Geld verdienen (E-Business)
24 auf hohe Up- und Download-Raten angewiesen. Zeitdruck, Globalisierung und die Verlagerung
25 der „Business-to-consumer“ Kommunikation ins Internet machen eine Hochgeschwindigkeits-
26 Internetverbindung zu einem harten Standort-Faktor, der über private Investitionen und
27 Gewerbesteuer-Einnahmen in der eigenen Kommune entscheidet.

28
29 ***Private Hand verpflichten – Das Internet als Grundrecht***

30
31 Jeder Bundesbürger soll ein Recht auf einen schnellen Internetzugang haben. Dazu sollen wie
32 im Energiewirtschaftsgesetz 4, § 36 „Grundversorgungspflicht“ beschrieben, Netzbetreiber für
33 Telekommunikationsnetze dazu verpflichtet werden, eine Grundversorgung mit
34 Hochgeschwindigkeitsinternetverbindungen flächendeckend für jeden Haushalt in Deutschland
35 zu gewährleisten. Folgende technische Möglichkeiten wären denkbar: Kabel (z. B. Telefonkabel
36 aus Kupfer), Funk (z. B. Mobilfunk oder auch Amateurfunk), optische Einrichtungen (z. B.
37 Telefonleitungen aus Glasfaser, sog. OPAL-Netze), Satellitennetze, feste und mobile
38 terrestrische Netze, Stromleitungssysteme (sofern geeignet), Hörfunk- und Fernsehnetze oder

39 Kabelfernsehnetze.

40

41 Sofern sich private Telekommunikationsunternehmen nicht zum benötigten Ausbau verpflichten
42 lassen (rechtliche Rahmenbedingungen...), muss darauf hingewirkt werden, dass diese
43 zumindest ihr Wissen preisgeben. Oftmals haben die Kommunen keinen Überblick über das
44 verfügbare Netz in ihrem Einzugsbereich. Die TK-Unternehmen müssen, wenn sie selbst den
45 Ausbau nicht sicherstellen, die öffentliche Hand bei der Umsetzung solcher Netze unterstützen.
46 Mit den von den privaten Unternehmen bereit gestellten Netzplänen sollten die kommunalen
47 Versorgungsunternehmen (z.B. Stadtwerke), in die Lage versetzt werden, die flächendeckende
48 Breitbandversorgung umzusetzen. Dabei müssen sie auch finanziell von der Bundesregierung
49 unterstützt werden, die den dringend notwendigen Ausbau im ländlichen Raum lange vor sich
50 her geschoben hat. Gerade der größte Netzanbieter in Deutschland, die Deutsche Telekom, ein
51 Unternehmen aus ehemals öffentlicher Hand, das früher mit Steuergeldern die TK-Netze
52 ausgebaut hat, sollte verpflichtet werden, ihre Netzpläne offen zu legen.

53

54 Die Kommunen oder kommunale Genossenschaften müssen auch finanziell dazu befähigt
55 werden, die TK-Netze in Eigenregie weiter auszubauen. Durch die Bereitstellung kostenfreier
56 Darlehen durch die Bundesregierung können die Kommunen schon kurz nach dem Aufbau der
57 Netze Wertschöpfung aus dem neuen Angebot ziehen.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2011 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: I 4

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Für ein barrierefreies Netz!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Moderne Kommunikationsinstrumente und vor allem das Internet sind aus unserem Alltag kaum
4 noch weg zu denken und deren Nutzung wird in vielen Angelegenheiten
5 (Informationsrecherche, berufliche Anforderungen) als selbstverständlich angesehen.
6 Digitale Teilhabe ist somit zu einer wesentlichen Dimension von Chancengleichheit geworden.
7 Die digitale Spaltung in Abgehängte und kompetente Nutzerinnen und Nutzer gilt es somit nicht
8 nur hinsichtlich des technischen Zugangs zum Netz, sondern auch in der Nutzung des Netzes
9 zu überwinden. Daher fordern wir endlich ein barrierefreies Netz zu realisieren, welches von
10 allen Nutzerinnen und Nutzern, unabhängig von deren körperlichen, sozialen oder technischen
11 Möglichkeiten uneingeschränkt (*barrierefrei*) genutzt werden kann:

12
13 Wir fordern daher:

- 14
15 • Die Anpassung der *Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung (BITV)* an den
16 WCAG 2.0 Standard.
- 17 • Die Ausweitung der BITV mit einer Verpflichtungsbestimmung auf die Einrichtungen und
18 Körperschaften der Länder.
- 19 • Menschen mit Behinderungen sind aktive Netz-User. Ihre besonderen
20 Anwendungsbedürfnisse gilt es mindestens anhand von
21 Selbstverpflichtungsvereinbarungen auch in der Privatwirtschaft zu befriedigen. Der
22 WCAG 2.0 Standard muss eine tatsächliche, allumfassende Berücksichtigung finden.
- 23 • Eine Prüfung, inwiefern Software-Hersteller verpflichtet werden können, in ihren
24 Anwendungen (z.B. Webbrowser) einen Schutz vor barrierefördernden Web-Inhalten
25 (z.B. durch Blockieren) einzubauen. Ein breites Schulungsangebot für Webautorinnen
26 und Webautoren in öffentlichen Einrichtungen in Bezug auf die barrierefreie Gestaltung
27 von Web-Angeboten soll etabliert werden.
- 28 • Betreiber von Web-Diensten wollen wir dazu verpflichten, alle ihre Web-Angebote nach
29 Maßgabe der BITV umzusetzen.
- 30 • Förderung von entsprechenden FuE-Projekten (Forschung und Entwicklung), die sich
31 mit einem barrierefreien Netz auseinandersetzen.
- 32 • Die Prämierung, Popularisierung und Förderung von besonders gelungenen und
33 fortschrittlichen barrierefreien Web-Angeboten.
- 34 • Web-Angebote, insbesondere von Behörden öffentlichen Rechts, sollen multilingual
35 angeboten werden. Menschen nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-
36 Ausländer) müssen Onlinedienste verstehen können.
- 37 • Menschen, die nicht mit den Möglichkeiten und Methoden moderner Kommunikation
38 aufgewachsen sind, – oftmals Rentnerinnen und Rentner, sozial benachteiligte

39 Schichten, Migrantinnen und Migranten – muss das Netz anhand von Kursangeboten
40 und Informationskampagnen zugänglicher gemacht werden.

41 42 **Begründung**

43
44 Unter Barrierefreies Internet versteht man Web-Angebote, die von allen Nutzern unabhängig
45 von körperlichen oder technischen Möglichkeiten uneingeschränkt (*barrierefrei*) genutzt werden
46 können.
47

48 Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung:

49 *Menschen mit Behinderungen nutzen überdurchschnittlich häufig das Web!!!*

- 50 • Blinde und sehbehinderte Nutzer lassen sich Webseiten per Software vorlesen oder in
51 Braille-Schrift ausgeben
- 52 • gehörlose oder schwerhörige Menschen, deren erste Sprache Gebärdensprache ist,
53 benötigen auf sie zugeschnittene, besondere Darstellungsformen
- 54 • übersichtliche Präsentation der Inhalte
- 55 • in leicht verständlicher Sprache bzw. dem Thema angemessene Anforderungen an
56 Bildung, Ausbildung und intellektuelles Niveau vorauszusetzen. (Besonders bei
57 öffentlich rechtlichen Webangeboten)

58 Technische Barrierefreiheit

- 59 • *behindertengerecht* bezeichnet nur einen Teilaspekt
- 60 • *technische Barrierefreiheit*: nichtbehinderten Nutzern soll nicht die Pflicht auferlegt
61 werden, beim Abruf von Internet-Angeboten genau dieselbe Hard- bzw.
62 Softwarekonfiguration zu verwenden wie der Urheber des Angebots:
 - 63 ◦ Unabhängig vom darstellenden Gerät (nutzbar mit Bildschirmen beliebigen Formats,
64 PDAs, Handys u.ä.)
 - 65 ◦ unabhängig vom verwendeten Betriebssystem und von der Software

66 Soziale und sprachliche Barrieren im Internet

- 67 • Web-Angebote, insbesondere von Behörden öffentlichen Rechts, sollten multilingual
68 angeboten werden. Menschen nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-
69 Ausländer) müssen Onlinedienste verstehen können.
- 70 • Menschen, die nicht mit den Möglichkeiten und Methoden moderner Kommunikation
71 aufgewachsen sind, – Rentner, sozial benachteiligte Schichten, Migrantinnen und
72 Migranten – muss das Netz zugänglicher gemacht werden

73 **Richtlinien zur Barrierefreiheit im Web**

74 International

75 Die *Web Content Accessibility Guidelines (WCAG)* sind eine Empfehlung der *Web Accessibility*
76 *Initiative (WAI)* des World Wide Web Consortium (*W3C*) zur barrierefreien Gestaltung der
77 Inhalte von Internetangeboten (siehe <http://www.w3.org/Translations/WCAG20-de/>)
78

79 Die *WCAG* stehen im Zentrum zahlreicher Richtlinien und Spezifikationen, die die *WAI* zur
80 Förderung eines barrierefreien Internets erarbeitet hat.
81

82 Deutschland

83 Im *Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG)* hat der Bund Regeln zur

84 Herstellung von Barrierefreiheit in der Informationstechnik für seine Verwaltung gesetzt. Damit
85 ist die Bundesverwaltung verpflichtet, ihre öffentlich zugänglichen Internet- und Intranet-
86 Angebote grundsätzlich barrierefrei zu gestalten. Die *Barrierefreie Informationstechnik-
87 Verordnung (BITV)* regelt die Maßgaben hierfür. Die *BITV* basiert aber nur auf der Version 1.0
88 der *WCAG*.

89 Grundsätzlich richtet sich die *BITV* nur an Einrichtungen des öffentlichen Rechts, die dem Bund
90 untergeordnet sind. Einrichtungen und Körperschaften der Länder werden über eigene *Landes-
91 Gleichstellungsgesetze* erfasst.
92

93 **Richtlinien für barrierefreie Webinhalte (WCAG) 2.0**

94 Teilt sich in die vier Prinzipien Wahrnehmbarkeit, Bedienbarkeit, Verständlichkeit, Robustheit
95 auf:

96 1) Wahrnehmbar

97 1. Stellen Sie Textalternativen für alle Nicht-Text-Inhalte zur Verfügung, so dass diese
98 in andere vom Benutzer benötigte Formen geändert werden können, wie zum
99 Beispiel Großschrift, Braille, Symbole oder einfachere Sprache.

100 2. Stellen Sie Alternativen für zeitbasierte Medien zur Verfügung.

101 3. Erstellen Sie Inhalte, die auf verschiedene Arten dargestellt werden können (zum
102 Beispiel mit einfacherem Layout), ohne dass Informationen oder Strukturen verloren
103 gehen.

104 4. Machen Sie es für den Benutzer leichter, Inhalte zu sehen und zu hören,
105 einschließlich der Trennung zwischen Vordergrund und Hintergrund.

106 2) Bedienbar

107 1. Sorgen Sie dafür, dass alle Funktionalitäten von der Tastatur aus verfügbar sind.

108 2. Geben Sie den Benutzern ausreichend Zeit, Inhalte zu lesen und zu benutzen.

109 3. Gestalten Sie Inhalte nicht auf Arten, von denen bekannt ist, dass sie zu Anfällen
110 führen.

111 4. Stellen Sie Mittel zur Verfügung, um Benutzer dabei zu unterstützen zu navigieren,
112 Inhalte zu finden und zu bestimmen, wo sie sich befinden.

113 3) Verständlich

114 1. Machen Sie Textinhalte lesbar und verständlich.

115 2. Sorgen Sie dafür, dass Webseiten vorhersehbar aussehen und funktionieren.

116 3. Helfen Sie den Benutzern dabei, Fehler zu vermeiden und zu korrigieren.

117 4) Robust

118 1. Maximieren Sie die Kompatibilität mit aktuellen und zukünftigen Benutzeragenten,
119 einschließlich assistierender Techniken.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: I 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz Hessen, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD- Bundestagsfraktion

Betr.: Teilzeit- und Befristungsgesetz

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Wir fordern die Streichung von §14 Absatz 2 des Teilzeit- und Befristungsgesetz und damit die
4 Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

5
6 **Begründung:**
7 Immer mehr Arbeitsverträge werden befristet geschlossen. Heutzutage ist jeder zweite in
8 Deutschland abgeschlossene Arbeitsvertrag befristet. Durch die Möglichkeit der
9 sachgrundlosen Befristung, wird den Arbeitgebern ein Instrument in die Hand gegeben, die
10 Probezeit auf zwei Jahre zu verlängern und gegebenenfalls unliebsame Arbeitnehmer
11 auszusortieren. Gerade Berufseinsteiger und junge Akademiker müssen Jahre in prekärer
12 Beschäftigung verbringen, ohne Aussicht auf unbefristete Einstellung. Befristete Beschäftigung
13 führt zu einem Leben voller Planungsunsicherheiten, beständigen Ortswechselln und finanzieller
14 Unsicherheiten. Dies muss geändert werden. Daher fordern wir die Abschaffung der
15 sachgrundlosen kalendermäßigen Befristung von Arbeitsverträgen. Dem Arbeitgeber sind durch
16 die Möglichkeit der begründeten Befristung genügend Instrumente zum flexiblen
17 Personaleinsatz gegeben.

18

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

<u>Antrag:</u>	I 6
<u>Antragsteller:</u>	AK Wirtschaft des Bezirksvorstandes
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Befristete Beschäftigung

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

- 2
- 3 1. Die in §14 Abs. 1 TzBfG formulierten Gründe für eine sachliche Befristung müssen
- 4 konkret und eindeutig formuliert werden und eine sachlich begründete Befristung darf
- 5 nur dann zulässig sein, wenn einer der im Gesetz aufgeführten Gründe vorliegt.
- 6
- 7 2. Jegliche Fehler in vorangegangenen Arbeitsverträgen („Unwirksamkeit“) müssen
- 8 rechtlichen Bestand haben und auch nach Abschluss eines neuen Arbeitsvertrags/ nach
- 9 der Frist von drei Wochen vor dem Arbeitsgericht einklagbar sein.
- 10
- 11 3. Für Arbeitgeber müssen Anreize geschaffen werden, befristete Verträge in unbefristete
- 12 Verträge umzuwandeln oder Arbeitnehmer unbefristet einzustellen. Ein solcher Anreiz
- 13 sollte zum Beispiel die Erhöhung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungs-
- 14 beiträgen bei befristeter Beschäftigten ohne Sachgrund sein.
- 15
- 16 4. Arbeitgeber verpflichtet werden, rechtzeitig vor Ablauf der Befristung (z.B. zwei Monate
- 17 vorher) über eine geplante Verlängerung bzw. unbefristete Einstellung zu informieren.
- 18
- 19 5. Die Dauer der Befristung an Hochschulen und in der Forschung muss an die Dauer des
- 20 Forschungsprojekts angepasst werden.
- 21
- 22

23 **Begründung:**

24 Immer mehr junge Menschen schaffen den Sprung von einer befristeten in eine unbefristete
25 Beschäftigung nicht. Sie werden entweder nach einigen befristeten Verträgen entlassen oder
26 sind jahrelang unter befristeten Verträgen „mit Sachgrund“ angestellt. Sie erhalten ein niedriges
27 Einstiegsgehalt und arbeiten mit größtmöglichem Einsatz in der Hoffnung, eine unbefristete
28 Stelle zu bekommen. Obwohl die Arbeitgeber so ständig neu anlernen müssen, wird diese
29 Taktik praktiziert. Befristete Beschäftigte können ihre Zukunft kaum planen; Urlaub oder gar
30 Familiengründung sind da oft ausgeschlossen. Auch leidet das Arbeitsklima, wenn befristete
31 Beschäftigte neben unbefristeten Beschäftigten tätig sind. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.
32 Darum wollen wir, die Jusos Marburg (Stadt), etwas gegen die Nachteile befristeter
33 Beschäftigung unternehmen.

34 Einige Thesen zur befristeten Beschäftigung:

- 35 1. Sachgründe für befristete Verträge müssen nur formal vorherrschen und widerspiegeln oft
- 36 nicht die realen Verhältnisse.
- 37 2. Bei Überprüfung der Arbeitsverträge auf Rechtmäßigkeit zählt nur der letzte Arbeitsvertrag.
- 38 3. Es gibt nicht genügend Anreize für Arbeitgeber, befristete Verträge in unbefristete Verträge
- 39 umzuwandeln oder Arbeitnehmer unbefristet einzustellen

- 40 4. Befristete Arbeitsplätze ersetzen immer öfter unbefristete Stellen.
- 41 5. Im Gegensatz zu Befristungen ohne Sachgrund können befristete Arbeitsverträge mit
42 Sachgrund quasi unendlich verlängert werden, es gibt keine zeitlichen Untergrenzen für
43 Befristungen
- 44 6. Befristet Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben oft kürzere
45 Befristungszeiten als das jeweilige Forschungsprojekt dauert.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: I 7

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Abschaffung des Verfassungsschutzes

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Wir Jusos setzen uns für die Abschaffung des Bundesamtes und der Landesämter für Verfas-
4 sungschutz und die Inkorporierung deren Aufgaben in den polizeilichen Staatsschutz ein. Da-
5 mit geht die von uns gewünschte Umwandlung von nachrichtendienstlichen in polizeiliche und
6 gerichtlich kontrollierte Tätigkeiten einher. Die negativen Auswirkungen politischer Einfluss-
7 nahme und die innerorganisatorischen Abläufe dieser für die Menschen in Deutschland so
8 wichtigen Aufgabe werden somit unserer Vorstellung von Rechtsstaatlichkeit näher gebracht.

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: I 9

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD Landtagsfraktion, Juso-Bundeskongress

Betr.: Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
- 2
- 3 Rassismus und Rechtsextremismus hat in einer demokratischen und weltoffenen
- 4 Gesellschaft keinen Platz.
- 5 Aus diesem Grund stellen wir folgende Forderungen:
- 6 - Unterstützung der Initiativen gegen Rechts (z. B. Aufklärungsarbeit an Schulen)
- 7 durch finanzielle Hilfen und Streichen der Extremismusklausel im Bundesprogramm
- 8 „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“
- 9 - Abschalten der V-Leute aus der NPD
- 10 - Verbot der NPD

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: I 10

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: 42-Stunden-Woche in Hessen abschaffen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2

3 Die wöchentliche Regelarbeitszeit von hessischen Beamtinnen und Beamten soll bei vollem
4 Lohnausgleich von 42 auf 40 Stunden reduziert werden.

5 Die SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass das Land Hessen wieder der
6 Tarifgemeinschaft der Länder beitrifft.

7

8

9 **Begründung:**

10

11 In der Regel liegt die Arbeitszeit der BeamtInnen in den Bundesländern und des
12 Bundes bei 40 Wochenstunden. Einzig die hessischen BeamtInnen bilden eine
13 Ausnahme mit der 42-Stunden-Woche. Die schwarz-gelbe Landesregierung
14 bezweckt mit dieser Regelung, massiv Stellen einzusparen und Arbeitsplätze zu
15 vernichten.

Beschlossene Anträge

B

Bildung

- | | | |
|-----|---|--------------------------------|
| B 2 | Kostenfreie Kindergarten- & Krippenplätze | Unterbezirk Fulda |
| B 3 | Dorschulen erhalten | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |
| B 4 | Gleiche Chancen für AbiturientInnen an
beruflichen Gymnasien | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| B 5 | Gleiche Chancen für alle! Lernmittelfreiheit
garantieren | Unterbezirk Kassel-Land |
| B 6 | Internationale Schule ablehnen | Unterbezirk Kassel-Stadt |

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: B 2

Antragsteller: Unterbezirk Fulda

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Kostenfreie Kindergarten- & Krippenplätze

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Im Falle einer Regierungsübernahme wird die SPD dafür sorgen, dass im Land Hessen allen
4 interessierten Eltern kostenfreie Krippen- und Kindergartenplätze für ihre Kinder zur Verfügung
5 gestellt werden.
6

7 **Begründung:**

8 In einem Sozialstaat wie der Bundesrepublik Deutschland ist es kein tragbarer Zustand, dass
9 einige Bundesländer, so zum Beispiel Hessen, Eltern für die Betreuung ihrer Kinder, die unsere
10 gesellschaftliche Zukunft darstellen, selbst aufkommen lassen. Besonders sozial schlechter
11 gestellte Familien werden dadurch massiv benachteiligt. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit
12 sollte sich die SPD besonders für diese einsetzen. Auch junge Eltern und Werkstätige könnte
13 man so nachhaltig unterstützen. Es darf nicht sein, dass Länder wie Berlin, eindeutig
14 Nehmerland, schon seit Jahren Eltern, von den es ja in Zukunft statistisch immer weniger
15 geben wird, diesbezüglich unterstützen und Hessen als Geberland nicht.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: B 3

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Dorfschulen erhalten

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2

3 Die SPD-Fraktion im hessischen Landtag soll auf den Erhalt der Dorfschulen hinwirken.
4 Außerdem fordern wir die SPD-Kreistagsfraktionen und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich
5 auch weiterhin für den Erhalt aller Schulen einzusetzen.

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Gerade im ländlichen Raum sinken oftmals die Schülerzahlen in den Grundschulen
11 in einzelnen oder mehreren Jahrgängen. Dies hat zur Folge, dass Klassen
12 zusammen gelegt werden oder gar Schulen geschlossen werden. Für die Kinder hat
13 das zur Konsequenz, entweder in viel zu großen Klassen unterrichtet zu werden
14 oder weite Schulwege auf sich nehmen zu müssen. Langfristig werden Dörfer ohne
15 Grundschulen mit weiten Schulwegen für Familien unattraktiv. Grundschulen sind für
16 die gesamte Einwohnerschaft eines Dorfes von großer Bedeutung und müssen
17 erhalten bleiben.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: B 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag,
SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Gleiche Chancen für AbiturientInnen an beruflichen Gymnasien

- 1 Die Bezirkskonferenz hat zur weiteren Beratung an den Bezirksausschuss überwiesen:
2
3 Die VOGO/BG¹ §20 Abs. 3 verhindert gleiche Chancen von Abiturienten/innen des beruflichen
4 Gymnasiums, sofern diese eine zweite Fremdsprache erst während der Gymnasialzeit betrei-
5 ben und nicht bereits davor. Aktuell muss, wer die zweite Fremdsprache in den Klassen 11-13
6 belegt, diese nicht nur ins Abitur einbringen, sie schränkt auch die Wahl der Prüfungsfächer
7 ein. Dadurch sind zwei Schüler einer Klasse mit identischer Qualifikation gezwungen, unter-
8 schiedliche Prüfungen abzulegen und nach unterschiedlichen Fächern bewertet zu werden.
9 Davon sind in jedem Jahrgang mehrere tausend Schüler betroffen. Die UBK möge daher be-
10 schließen, dass der genannte Paragraph entsprechend abzuändern ist, um Chancengleichheit
11 zu schaffen!

¹ VOGO/BG = Verordnung über die Bildungsgänge und die Abiturprüfung in der gymnasialen Oberstufe und dem beruflichen Gymnasium

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ
--

Antrag: B 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Gleiche Chancen für alle ! - Lernmittelgleichheit garantieren

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2

3 Die Jusos fordern, dass Schülerinnen und Schüler, die den selben Abschluss anstreben und die
4 gleichen Prüfungen ablegen müssen, in gleicher Art und Weise gefördert werden. Hierzu sind
5 als Grundlage identische Schulbücher erforderlich, die von einer landesweiten Lehrer-
6 Kommission ausgewählt werden.
7 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, ein Modell zu entwickeln, dass allen Schülern gleiche
8 Lernchancen durch einheitliche Lernmittel zusichert, um dieses umzusetzen.

9

10 **Begründung:**

11

12 Wenn ein Schüler in Hessen beispielsweise das Abitur absolvieren möchte, so muss er das
13 landesweite Zentralabitur schreiben. Eine Grundlage des persönlichen Erfolges in diesen
14 Prüfungen sind unter anderem die Schulbücher. Um jedem Schüler die gleichen Chancen
15 einzuräumen, müssten alle Schüler auf die gleichen Schulbücher zurückgreifen können. Dies ist
16 jedoch nicht der Fall. Nicht unüblich ist sogar, dass Schüler, die an der selben Schule und im
17 selben Jahrgang unterrichtet werden, unterschiedliche Bücher zur Verfügung haben. Diese
18 variieren in Qualität und Aktualität und schaffen damit eine zu bekämpfende Ungleichheit und
19 damit Ungerechtigkeit zwischen den Schülern.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: B 6

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Internationale Schule ablehnen – Bildung für alle besser gestalten!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Die aktuelle Diskussion zur Schaffung einer Internationalen Schule in Kassel hat uns Kasseler
4 Jusos aufschrecken lassen. Laut Berichterstattung der regionalen Presse plant das international
5 tätige Kasseler Unternehmen Wintershall die Einrichtung einer Internationalen Schule. An-
6 dere große Unternehmen aus Kassel und Nordhessen stehen den Plänen Winterhalls positiv
7 gegenüber und können sich eine finanzielle Beteiligung vorstellen. Der Wunsch nach einer In-
8 ternationalen Schule ist dabei aus folgenden Überlegungen heraus verständlich. So trägt eine
9 solche Schule den heutigen Ansprüchen von globaler ArbeitnehmerInnen-Mobilität Rechnung.
10 Wer heute in Kassel lebt und arbeitet, tut dies morgen vielleicht schon in London und im nächs-
11 ten Jahr unter Umständen in Asien oder anderswo in der Welt. Dies stellt für die Familienpla-
12 nung dieser neuen, mobilen ArbeitnehmerInnenschicht eine große Herausforderung dar. Vor
13 allem die schulpflichtigen Kinder müssen sich so ständig neuen schulischen Umgebungen an-
14 passen sowie mit einer Vielzahl von Bildungssystemen und deren unterschiedlichen Rahmen-
15 bedingungen umgehen. Aus dieser Überlegung heraus ist die Schaffung einer Internationalen
16 Schule, bei der das Konzept des „Internationalen Baccalaureate“ Anwendung findet, eine sinn-
17 volle Überlegung. Das „IB Diploma“ stellt eine Art internationales Abitur dar und berechtigt in
18 vielen Staaten der Welt zum Besuch einer Hochschule. Mag eine Internationale Schule aus
19 diesen Überlegungen heraus zwar zuerst sinnvoll erscheinen, müssen im gleichen Atemzug
20 allerdings auch einige Kritikpunkte angesprochen werden, die deutlich machen, dass eine In-
21 ternationalen Schule vor allem einem widerspricht: Dem freien und gleichen Zugang zu guter
22 Bildung für alle.

23 Im Zentrum steht dabei die Frage, wer diese Internationale Schule besuchen würde und wer sie
24 überhaupt besuchen kann. Zuvorderst richtet sich eine solche Schule vor allem an den oben
25 angesprochenen Adressatenkreis einer global-mobilen ArbeitnehmerInnenschicht. Dass allein
26 dieser Terminus allerdings im Kontext der Internationalen Schule falsch gewählt ist, zeigt sich
27 bei Betrachtung des wohl wichtigsten Zugangskriteriums: dem Schulgeld. Laut HNA vom
28 04.08.2011 würde der Besuch der Internationalen Schulen den Eltern ungefähr 800 bis 1.000€
29 monatlich kosten. Dass man in Anbetracht dieser Hürde nicht von einer Schule für eine Arbeit-
30 nehmerInnenschaft sprechen kann, wird sehr schnell deutlich. Vielmehr wäre die Internationale
31 Schule eine Schule für die Spitzenverdiener der international-ausgerichteten Unternehmen
32 Nordhessens. Dabei wird es wohl perspektivisch keinen Unterschied machen, ob die Schülerin-
33 nen und Schüler nun aus Familien stammen, die aufgrund des Arbeitsverhältnisses aus dem
34 Ausland nach Nordhessen kommen, oder ob sie seit jeher ihren ständigen Aufenthalt in
35 Deutschland bzw. sogar Kassel/Nordhessen haben. Andersherum ausgedrückt, besteht die
36 Befürchtung, dass auch die SpitzenverdienerInnen aus Kassel und Umgebung, egal ob in ei-
37 nem der beteiligten Konzerne beschäftigt, ihre Kinder auf die Internationale Schule schicken
38 würden. Sie erwarten sich hiervon eine bessere (Aus)bildung für ihre Kinder. Die Flucht aus
39 dem als leistungsschwach empfundenen staatlichen Schulwesen ist dabei ein seit längerem
40 sichtbarer Trend eines sich selbst definierten Bildungsbürgertums mit entsprechenden ökonomischen

41 mischen Ressourcen. Unter „bessere (Aus)bildung“ ist im Falle der Internationalen Schule so-
42 mit auch ein „Elitedenken“ impliziert, das wir als Jusos so nicht mittragen können. Wenn öko-
43 nomisches Kapital, um im Bourdieuschen Sinne zu sprechen, zum wichtigsten Zugangskriteri-
44 um für vermeintlich „bessere Bildung“ wird, dann läuft in unserer Gesellschaft einiges in die
45 falsche Richtung. In diesem Zusammenhang muss aber auch die generelle Genehmigungspra-
46 xis der Länder für Privatschulen in Frage gestellt werden. In Artikel 7, Absatz 4 des Grundge-
47 setzes heißt es in Bezug auf die Genehmigung von privaten Schulen: „Die Genehmigung ist zu
48 erteilen, wenn [...] eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht
49 gefördert wird.“ Nach unserem Verständnis dieser Grundgesetzpassage mit Blick auf die ge-
50 sellschaftliche Realität ist die aktuelle Erteilungspraxis von Privatschul-Genehmigungen aufs
51 schärfste zu evaluieren und zurückzuführen auf eine grundgesetzkonforme Genehmigungspra-
52 xis.

53 Unsere Richtung und unser Bild eines gerechten Bildungssystems sehen anders aus! Wir leh-
54 nen die Gründung von privaten Elite-Schulen, auch unter dem Label einer „internationalen“
55 Schule, entschieden ab. Wir sind der Überzeugung, dass sich der Zusammenhalt einer Gesell-
56 schaft vor allem auch über eine gemeinsame Schulerfahrung konstituiert. Wir Jusos stehen seit
57 jeher für ein integratives Bildungssystem ein. Wenn wir diesen Weg konsequent bestreiten,
58 müssen wir auch deutlich machen, dass wir die Schaffung einer Eliteschule, wie sie die private
59 Internationale Schule darstellen würde, ablehnen! Vielmehr muss es unser Ziel sein, dass wir
60 unser staatliches Schulwesen so ausgestalten, dass dieses auch besondere Lebenswege, wie
61 sie Schülerinnen und Schüler mitbringen, die Jahr für Jahr an einem anderen Ort in der Welt
62 leben und lernen, berücksichtigt. Dies umreißt unsere Vorstellung, die darauf zielt unser Bil-
63 dungssystem endlich einer gründlichen Reformierung zu unterziehen, an dessen Ende eine
64 Schule für alle steht. Kurzfristig müssen außerdem für Schülerinnen und Schüler aus dem oben
65 beschriebenen internationalen Kontext, die nur für einen begrenzten Zeitraum in Deutschland
66 beschult werden, an staatlichen Schulen Sonderprogramme angeboten werden, die diesen
67 Schülerinnen und Schülern den Übergang in ein ausländisches Schulsystem erleichtern und
68 auf einen international anerkannten Schulabschluss ausgerichtet sind.

69 Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass unser gemeinsames Ziel ist, Bildung für alle
70 besser zu gestalten. Wir lehnen deshalb die Gründung von (Internationalen) Schulen durch
71 privatwirtschaftliche Initiativen nicht nur in Kassel, sondern hessen- und bundesweit kategorisch
72 ab!

Beschlossene Anträge

U

Umwelt/Verkehr und Energie

- | | | |
|-----|---|--------------------------------|
| U 1 | Sofortprogramm für die Energiewende | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| U 2 | Energiewende-Chancen für Städte und Gemeinden | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| U 3 | Busse und Bahnen nicht ausbremsen | Unterbezirk Kassel-Land |
| U 4 | Medikamente in der Massentierhaltung | Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg |

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>
--

Antrag: U 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Betr.: Sofortprogramm für die Energiewende – Was jetzt zu tun ist!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 In unserer Zeit brisant wachsender Klima-, Atom- und fossilen Energierisiken gilt es, die ener-
4 getische Erneuerung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft konsequent und zügig voran-
5 zutreiben. Hierfür benötigen wir ein Sofortprogramm, mit dem Deutschland als europäischer
6 Vorreiter für die dezentrale Energiewende die ökonomischen und sozialen Vorteile dieses E-
7 nergiewechsels bestmöglich nutzen kann.

8 Wir Jusos setzen uns für eine Erweiterung der Freiräume für die Träger der dezentralen Ener-
9 giewende - Stadtwerke, Bürger und mittelständische Unternehmen - ein. Diese neuen, treiben-
10 den Kräfte haben im vergangenen Jahrzehnt den Energiewechsel umgesetzt und das Wachs-
11 tum der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 4 auf 17 % gesteigert. Sie stehen
12 auch heute für Investitionen bereit.

13 Um diese optimal zu entfesseln, müssen auf Bundes- und Länderebene jetzt die richtigen politi-
14 schen und gesetzgeberischen Maßnahmen ergriffen werden.

15
16 **1. Raum für Windkraft an Land**

17
18 In ganz Deutschland gibt es auf dem Festland ausreichend Raum für Windkraft. Wenn jedes
19 Bundesland auf nur 2 % seiner Fläche Raum für Windkraft schaffen würde, könnte so über 50
20 % des Strombedarfs für Deutschland erzeugt werden – ganz ohne Off-Shore-Parks. Wegen
21 der Verhinderungsplanung in einigen Bundesländern durch das Instrument der Regionalpläne –
22 vor allem in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg – kann dieser Raum nicht genutzt wer-
23 den. Der Bund sollte die Rahmenbedingungen so verändern, dass die Länder auch in den zahl-
24 reichen windhöffigen Gebieten Süddeutschlands nicht mehr willkürlich die Windkraftnutzung
25 verhindern können.

26 - Da die Kommunen die regionale Wertschöpfung mit der Nutzung von Windkraft steigern
27 können (durch Gewerbesteuer, Pacht bzw. Erträge aus eigenem Betrieb), haben sie ein
28 eigenes Interesse am verträglichen Ausbau der Windkraft. Die Verantwortung hierfür
29 sollte daher in die Hände der Gemeinden und ihre Flächennutzungsplanung gelegt wer-
30 den. Den Ländern muss die Kompetenz entzogen werden, mit Regionalplänen die
31 Windkraft abschließend zu steuern und ganze Gemeinden zu Ausschlussgebieten zu
32 erklären. Dazu muss den Regionalplänen mit den darin enthaltenen Zielen der Raum-
33 ordnung die Verhinderungswirkung gegenüber der Windkraft genommen werden. Durch
34 diesen Freiraum zur kommunalen Selbstbestimmung würde in kurzer Frist und in Ab-
35 stimmung mit den Bürgern ausreichend Raum für Windkraft an Land entstehen.
36 (Maßnahme: Änderung des Baugesetzbuches § 35 Abs. 3)

37 - Die Ausweisung absoluter Windkraft-Ausschlussflächen in Regionalplänen soll unter-
38 sagt werden; außerhalb von Vorranggebieten konkurriert die Windkraft mit allen ande-
39 ren Nutzungen nach Maßgabe der Gesetze (z. B. Lärm- und Artenschutz), wodurch u.
40 a. Abstände großer Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten sichergestellt werden.

- 41 (Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)
42 - Die Abstandsregelungen und Höhenbegrenzungen sowie Sonderregelungen für Wind-
43 energieanlagen in Wäldern sollen natur- und artenschutzrechtlichen Standards gemäß
44 dem aktuellen Stand der Wissenschaft genügen und die Bevölkerung vor übermäßiger
45 Belastung schützen.
46 (Maßnahme: Änderung des Raumordnungsgesetzes)
47

48 **2. Erneuerbare Stadt**

- 49
50 Die Fähigkeit von Städten und Gemeinden soll gefördert werden, den energetischen Stadtum-
51 bau zum Fokus des Städtebaus zu machen. Maßnahmen reichen von der Stärkung erneuerbar-
52 er Stadtwerke zur systematischen Durchführung erneuerbarer Potenzialanalysen für Stadt-
53 und Gemeindeteile sowie für ganze Kommunen und Regionen.
54 - Solararchitektur durch sofortige Umsetzung der EU-Gebäude-Richtlinie als Standard
55 einführen: Ordnungsrechtlicher Mindeststandard für 100 % erneuerbare Energien im
56 Neubau bei maximaler Gestaltungsfreiheit für Solarsiedlungen durch kommunale Pla-
57 nung und durch die Architektur.
58 (Maßnahmen: Zusammenführung von Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz und Ener-
59 gieeinsparverordnung zu einem Gebäude-Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie Abstim-
60 mung mit dem Baugesetzbuch § 9)
61 - Pflicht zum Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebestand nach dem Vorbild der
62 Marburger Solarsatzung und des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Baden-Württemberg.
63 (Maßnahme: Ergänzung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes bzw. Einführung
64 eines Gebäude-Erneuerbare-Energien-Gesetzes)
65 - Unbegrenzte Fortsetzung des Programms zur energetischen Gebäudesanierung.
66 (Maßnahme: KfW-Programm)
67 - Erweiterung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt durch Maßnahmen zur ener-
68 getischen Stadtsanierung (Solare Stadt – Städtebauförderungsprogramm zur Vollver-
69 sorgung mit Erneuerbaren Energien), um in besonders energieverbrauchsstarken Stadt-
70 und Gemeindeteilen das drängende soziale Problem überhöhter Energiekosten zu be-
71 heben.
72 (Maßnahmen: Erweiterung des Baugesetzbuches und der Städtebauförderung von
73 Bund und Ländern auf systematische Maßnahmen zur energetischen Stadtsanierung
74 und Entwicklung)
75

76 **3. Smart grids für eine sichere erneuerbare Energieversorgung**

- 77
78 - Die zentrale Herausforderung für die laufende und zu beschleunigende dezentrale E-
79 nergiewende ist im Hinblick auf den Netzausbau die Verstärkung der Ortsnetze und ihre
80 Umgestaltung zu intelligenten Stromnetzen, sog. smart grids. So kann die verstärkte
81 dezentrale Einspeisung mit dem dezentral stattfindenden Energieverbrauch wirksam
82 ausgeglichen werden. Unnötige Investitionen in den Ausbau großer Trassen (Übertra-
83 gungsnetze) sollen zugunsten von Investitionsbudgets für Ortsnetze (Nieder- und Mittel-
84 spannung) eingespart werden.
85 (Maßnahmen: Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Anreizregulierungs-
86 verordnung)
87

88 **4. Eine-Million-Blockheizkraftwerksprogramm für eine sichere erneuerbare Energiever-** 89 **sorgung**

- 90
91 - Eine Million Blockheizkraftwerke (BHKW) sollen bis 2015 auf der Basis zinsbegünstigter
92 Kredite in den Markt gebracht werden, um damit 20 Großkraftwerke zu ersetzen und
93 durch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung die Verschwendung von Erdgas in reinen Hei-
94 zungsanlagen zurückzuführen.
95 (Maßnahme: KfW-Programm)

- 96 - Mit Erdgas betriebene BHKWs dürfen nur noch gebaut werden, wenn sie sowohl Strom
97 wie auch Wärme produzieren und die Wärmeabnahme nach dem Kraft-Wärme-
98 Kopplungsgesetz sichergestellt ist.
99 (Maßnahme: Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes)

100

101 **5. Ausbau der Elektromobilitätsinfrastruktur**

102

- 103 - Märkte schaffen anstelle von Flottenversuchen, z. B. durch ein Förderprogramm zur Be-
104 schaffung von Elektrofahrzeugen durch die öffentliche Hand für die Fuhrparke des Bun-
105 des, der Länder und der Kommunen, immer wenn es einen urbanen Bedarf an Dienst-
106 fahrzeugen gibt

107 (Maßnahme: Konzept der Bundesregierung und der Bundesbehörden)

- 108 - Voraussetzungen für eine umfassende Einbindung von Elektrofahrzeugen in das Strom-
109 netz schaffen (Vehicle to grid, V2G). V2G erfordert eine entsprechende Kommunikati-
110 ons- und Steuerungsinfrastruktur wie auch entsprechende Geschäftsmodelle.

111 (Maßnahme: u. a. Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes)

- 112 - Einrichtung eines Marktanzreizprogramms für die Elektromobilität. Die Gewährung eines
113 solchen Zuschusses ist kundenorientierter und marktwirtschaftlicher als direkte For-
114 schungszuwendungen an die Industrie. Mindestens 5.000 Euro sollten dem Autokäufer
115 über ein Marktanzreizprogramm (analog zum bestehenden Marktanzreizprogramm für die
116 Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmemarkt) als Zuschuss der öffentlichen Hand
117 beim Kauf eines Elektrofahrzeuges ausbezahlt werden (im Laufe der Jahre absinkend).
118 Um innerhalb von 10 Jahren das Ziel von 1 Mio. reinen Elektrofahrzeugen zu erreichen,
119 wäre nur eine durchschnittliche jährliche Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von
120 500 Mio. Euro notwendig.

121 (Maßnahme: Ergänzung des Marktanzreizprogramms und Sicherung in einem neuen
122 Bundesgesetz zur E-Mobilität)

123

124 **6. Speicherausbau für eine sichere erneuerbare Energieversorgung**

125

- 126 - Einführung eines „Speicherbonus“ im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
127 (EEG) als Anreiz für Investitionen zur Stromspeicherung; hierzu zählen auch E-Mobile,
128 die teilweise als Speicher eingesetzt werden.

129 (Maßnahme: Änderung des EEG)

- 130 - Besonderes Förderprogramm auf der Basis zinsbegünstigter Kredite für die „Power to
131 Gas“-Technologie als vielversprechende Speichertechnologie wegen der Größe des
132 vorhandenen Gasnetzes.

133 (Maßnahme: KfW-Programm)

- 134 - Vorrang für Strom- und Gasspeicher sowie Geothermie gegenüber Kohlendioxid- Einla-
135 gerung (CCS); Untersagung der unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung.

136 (Maßnahmen: Änderung des Raumordnungsgesetzes; Ablehnung des CCS-Gesetzes)

137

138 **7. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortentwickeln**

139

140 Grundlage des „Vorbilds Deutschland“ bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequel-
141 len ist das EEG. Mit der Novelle 2012 muss das EEG intelligent fortentwickelt werden. Die
142 Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen für alle Arten der Erneuerbaren von der
143 Wind- bis zur Wasserkraft und keine Stop-and-Go-Politik wie in den letzten Jahren spontaner
144 drastischer Einschnitte. Das Vertrauen der neuen Träger in die Verlässlichkeit des EEG ist das
145 Fundament für die dezentrale Energiewende. Die unerwartete Abschaffung von Vergütungstat-
146 beständen (z.B. für Solarparks auf Ackerflächen) hat Kapital von Projektierern und Investoren
147 vernichtet und die Energiewende verlangsamt. Eine verlässliche und langfristig vorgegebene
148 Absenkung der Vergütung wirkt. Auf diese Weise kann die Photovoltaik bis zum Jahr 2015
149 Netzparität erreichen.

150 Folgende Regelungen sind erforderlich:

- 151 - Das EEG darf nicht dazu benutzt werden, vorrangig und unausgewogen Großprojekte
152 wie Off-Shore-Windparks oder große Biomasseanlagen zu fördern, sondern muss wei-
153 terhin der Stärkung klein- und mittelgroßer Betreiber und Stadtwerke dienen. Deshalb
154 lehnen wir die Kürzung der Vergütung für Windkraftanlagen an Land genauso ab wie
155 die ungerechtfertigte Erhöhung für große Off-Shore-Windkraftprojekte. Diese Maßnah-
156 men treiben die Kosten und schaden der Volkswirtschaft.
- 157 - Windkraftanlagen brauchen eine verlässliche Vergütung. Der Systemdienstleistungsbo-
158 nus muss erhalten bleiben oder kompensiert werden. Ein maßgeschneiderter Tatbe-
159 stand soll für Kleinwindkraftanlagen eingeführt werden. Die Vergütung für Repowering-
160 Projekte soll attraktiver gestaltet werden.
- 161 - Die Solarvergütung soll vorhersehbar gestaltet werden und Anreize für Investitionen
162 schaffen. Der Rückgang der Vergütung (Degression) soll sich am tatsächlichen Rück-
163 gang der Herstellungs- und Installationskosten einer Solaranlage orientieren. Ein sog.
164 Deckel, der den Zubau durch Kontingente oder Quoten begrenzt, wird strikt abgelehnt.
165

166 **8. Regionale Wertschöpfung**

167

- 168 - Zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen – vom ländlichen
169 Raum bis zu den Städten und Metropolen – sollen die gesetzlichen Weichen so gestellt
170 werden, dass durch die dezentrale Energiewende möglichst viel der lokal neu entste-
171 henden Wertschöpfung bei den Menschen und der Wirtschaft vor Ort verbleibt. Stand-
172 ortsgemeinden für Windkraftanlagen garantiert das Gewerbesteuergesetz schon heute
173 70 % der Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Den Gemeinden am Unternehmenssitz
174 verbleiben 30 %. Um einen Anreiz für Städte und Gemeinden zur Förderung von Investi-
175 tionen in Solarparks, Biogas-, Geothermie-, Kraft-Wärme-Kopplungs- und Wasserkraft-
176 anlagen zu setzen, soll die 70/30- Regelung – besser: eine 80/20-Regelung – für alle
177 EE- und KWK-Anlagen eingeführt werden.
178 (Maßnahme: Änderung des Gewerbesteuergesetzes)
179

180 **9. Bürgerbeteiligung**

181

- 182 - Bei allen notwendigen Maßnahmen sollte Bürgerbeteiligung in der Planung stattfinden
183 und vorrangig Bürgerenergieprojekte umgesetzt werden, um die Akzeptanz zu steigern,
184 demokratische und wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und den Energiemarkt zu
185 pluralisieren.“
186
187

188 **10. Neubauverbot für fossile Großkraftwerke und Atomausstieg bis 2015**

189

- 190 - Das Zeitalter nicht regelbarer Großkraftwerke nähert sich dem Ende. Der Neubau von
191 Kohlekraftwerken wird untersagt und ein zehnjähriges Ausstiegsprogramm in Kraft ge-
192 setzt.
193 (Maßnahme: Änderung Bundesimmissionsschutzgesetz)
- 194 - Die Laufzeiten für Atomkraftwerke werden verkürzt und mit klaren Fristen versehen.
195 Produktionsmengen entscheiden nicht mehr über den Ausstieg. Das letzte Atomkraft-
196 werk in Deutschland wird 2015 stillgelegt.
197 (Maßnahme: Änderung des Atomgesetzes)

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: U 2

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag

Betr.: Energiewende – Chancen für Städte und Gemeinden

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2

3 Die Energiewende ist eine große Chance für die Demokratisierung der Energieversorgung und
4 eine Stärkung der hessischen Kommunen. Dezentrale Energieproduktion macht uns
5 unabhängig von den großen Energieunternehmen und schafft kommunale Wertschöpfung,
6 zahlreiche neue Arbeitsplätze und neue Einnahmequellen für die klammen
7 Kommunalhaushalte. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, selbst als starker
8 Akteur bei der Energieerzeugung aufzutreten.

9 Dazu muss zwingend Art. 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) geändert werden,
10 damit Kommunen sich wieder verstärkt wirtschaftlich betätigen können. Gleiches gilt auch für
11 die Hessische Bauordnung (HBO). Noch im Dezember 2010 hat der Hessische Landtag mit
12 den Stimmen der schwarz-gelben Landtagsfraktion den Art. 81 HBO so geändert, dass dem
13 vielbeachteten Modell der Marburger Solarsatzung die rechtliche Grundlage entzogen wurde.

14 Wir fordern mehr dezentrale Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien!

15 Projekte wie Wüstenstrom aus Nordafrika (Desertec), Offshore-Windparks in Nord- und
16 Ostsee, Pumpspeicherkraftwerke in Norwegen sowie die dazugehörigen europaweiten
17 Fernleitungen (Supergrid) können die Energiewende nicht bewerkstelligen! Diese Großprojekte
18 brauchen viel Zeit. Sie können nur von großen Energiekonzernen bewältigt werden, die nicht an
19 einer schnellen Umsetzung interessiert sind, weil sie ihren eigenen Kraftwerken,
20 Braunkohlegruben, Raffinerien, Tankstellen und Gasleitungen keine Konkurrenz machen
21 wollen. Ein Vorteil der dezentralen Stromerzeugung ist die weitest gehende Vermeidung der
22 Leitungsverluste auf den Übertragungswegen. Außerdem bedeutet eine dezentrale
23 Energieerzeugung natürlich auch eine Wertschöpfung vor Ort.

24 Wir unterstützen die verschiedensten Modelle zur Rekommunalisierung der Ortsverteilternetze
25 im Schwalm-Eder-Kreis, in der Region Marburg durch die Stadtwerke und im Kreis Kassel
26 durch ein kommunales Versorgungswerk. Damit bekommen die Städte und Gemeinden wieder
27 mehr Einfluss auf die Energieversorgung und die Produktion vor Ort.

28 Die sauberste Energie ist diejenige, die gar nicht erst erzeugt werden muss. Daher ist
29 Energieeinspar- und Energieeffizienzprogrammen Priorität einzuräumen. Insbesondere müssen
30 die Anstrengungen von Bund und Ländern für Förderprogramme zur energetischen
31 Gebäudesanierung angehoben werden. Dafür bereitgestellte Mittel wirken wie ein
32 Konjunkturprogramm. Vor allem das mittelständische Handwerk würde hiervon profitieren.
33 Hierbei ist wichtig, dass Mieter durch energetische Gebäudesanierungen nicht zusätzlich
34 finanziell belastet werden.

35 Insbesondere in der Großindustrie müssen Effizienzmaßnahmen beim Energieverbrauch
36 erfolgen. Der Druck auf Unternehmen hier zu investieren ist noch nicht groß genug, da
37 insbesondere Industriestrom noch zu preiswert ist. Daher sollte es keine Vergünstigung durch
38 Bundesgesetze oder Landesgesetze für Industriestrom geben. Die Netzendgelder für die
39 Bereitstellung der Stromnetze und auch die Abgaben laut EEG sollten für alle gleich sein
40 (gleichgültig ob Privatnutzer oder Industrie). Damit wären Rabatte nur noch in geringem Maße
41 durch die Energieproduzenten möglich.

- 42 Auch viele Gebäude von Städten, Gemeinden und Kreisen müssen energetisch saniert werden.
- 43 Dies sollte durch das Land Hessen verstärkt gefördert werden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: U 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Busse und Bahnen nicht ausbremsen!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Die Jusos fordern die SPD in Hessen dazu auf, darauf hinzuwirken, dass hessenweit ein
4 attraktives ÖPNV-Angebot weiterhin ermöglicht werden kann, das regional gestaltet werden
5 kann.

6 1.) Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Rücknahme der Kürzung von finanziellen
7 Mitteln des Bundes (Regionalisierungsmittel) für die Nahverkehrsverbünde zu veranlassen. Die
8 hessische Landesregierung kürzt ab 2012 Zuweisungen für die Verkehrsverbünde jährlich um
9 20mio. Euro, welche massive Qualitätseinbrüche des Nahverkehrsangebotes sowie drastische
10 Fahrpreiserhöhungen zur Folge haben.

11 2.) Eine Zusammenlegung von RMV und NVV, wie es vor allem die FDP fordert, ist dringend
12 abzulehnen, da hierdurch die jeweilige demokratische Einflussnahme zurückgebaut wird. Es gilt
13 vor allem in diesem Bereich die Förderung des Subsidiaritätsprinzips, da die Menschen vor Ort
14 ihre Bedürfnisse am besten kennen. Eine ÖPNV-Gestaltung aus der Entfernung von einigen
15 hundert Kilometern kann nicht effizient und auch nicht gerecht sein. Dies gilt auch für die
16 faktische Zusammenlegung via der Vergabe von landesweiten Kompetenzen, mit denen der
17 NVV für alle Busstrecken, der RMV für alle Bahnstrecken verantwortlich werden soll.

18
19 3.) Wir Jusos fordern einen weiteren den Ausbau des bestehenden ÖPNV-Angebotes, da
20 Mobilität ein gewichtiger Teil gesellschaftlicher Teilhabe und der kommunalen Daseinsvorsorge
21 ist. Viele Nutzer des Nahverkehrs, egal ob jung oder alt, sind auf diesen zwingend angewiesen
22 und brauchen weitere Verbesserungen in diesem Bereich, um ihr alltägliches Leben überhaupt
23 erst ermöglichen zu können.

24
25 **Begründung:**

26
27 Zu 1.) Die hessische Landesregierung kürzt ab diesem Jahr Zuweisungen für die
28 Verkehrsverbünde jährlich um 20mio. Euro. Für den Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV)
29 bedeutet dies die Kürzung von ca. acht mio. Euro in diesem Jahr.

30 Dies ist eine gewaltige Summe, insbesondere wenn man dabei bedenkt, dass das gesamte
31 Jahresbudget des NVV bei ca. 130 mio. Euro beträgt und diese Zuschüsse bei den
32 Verkehrsverbänden bis 2014 bereits fest eingeplant waren.

33 Mit dieser Kürzung sind massive Einwirkungen auf die Qualität des Angebots und auf die
34 Fahrpreisgestaltung vorprogrammiert. Eine 2,4 prozentige Fahrpreiserhöhung, wie sie zuletzt
35 zum Fahrplanwechsel im vergangenen Dezember stattfand, wird unter Berücksichtigung der
36 letzten Entwicklungen im Bereich Nahverkehr künftig sicherlich deutlich höher ausfallen.

37 Diese Entscheidung wird zwangsläufig gerade auch die Entwicklung im ländlichen Raum
38 stoppen. Im Wettbewerb der Kommunen um junge Familien werden Ortschaften, die sukzessive
39 vom ÖPNV abgehängt werden, zu den Verlierern gehören.

40 Durch den Zerfall der Infrastruktur werden die negativen Auswirkungen des demographischen
41 Wandels im ländlichen Raum durch das politische Handeln der Landesregierung forciert.

42 Wir, die Jungsozialisten im Landkreis Kassel, fordern deshalb die Landesregierung dazu auf,
43 solche strukturzerstörenden Methoden in der Verkehrspolitik zurückzunehmen und künftig zu
44 unterlassen.

45 Zwei Aspekte sind bezüglich des ÖPNV seit langem bereits Fakt: Erstens ist der ÖPNV Sache
46 der öffentlichen Daseinsvorsorge und zweites ist dieser ohne öffentliche Zuschüsse nicht mehr
47 finanzierbar. Da man beides auf Bundesebene erkannt hat, wird der ÖPNV in Deutschland
48 bereits seit 1993 durch Finanzmittel des Bundes, den sog. Regionalisierungsmitteln,
49 bezuschusst. Diese lagen im Jahr 2010 bei rund 6,9 Mrd. Euro.

50 Die Regionalisierungsmittel aus Berlin fließen jedoch nicht direkt in die Kassen der
51 Nahverkehrsverbände, sondern machen einen „äußerst kostspieligen Umweg“ über Wiesbaden,
52 bevor diese u.a bei uns in Kassel, beim NVV, ankommen.

53 Seit vielen Jahren werden gerade in Hessen von der Landesregierung diese zweckgebundenen
54 Finanzmittel des Bundes benutzt, um andere Finanzlöcher in ihrem Haushalt zu stopfen.

55 Wenn die Landesregierung zudem noch auf die Frage, wohin die 20 mio. Euro fließen sollen, in
56 Manier eines vermeintlichen Gönners erklärt, dass das Geld dem Landeshaushalt
57 zugutekommen soll, da man der hauptsächliche Lastenträger der Verbundförderung sei,
58 bewerten wir Jusos solch ein Verhalten als äußerst anmaßend.

59 Doch wer glaubt, dass er an dieser Stelle bereits mehr als nur die Spitze des Eisbergs gesehen
60 hätte, den muss man leider enttäuschen. Denn ein noch deutlich höherer Betrag als 20 mio.
61 Euro geht den hessischen Verkehrsverbänden jährlich aus dem (Bundes-)Topf der
62 Regionalisierungsmittel verloren.

63 Denn für die „vermeintliche Weiterleitung“ des Regionalisierungsmittel benötigt das Land für
64 sich selbst noch Finanzmittel, sog. Managementaufwendungen. Diese lagen beispielsweise in
65 den Jahren 2008 und 2009 in Hessen bei rund 26-28mio. Euro! Dies ist abermals ein Recht
66 teures Unterfangen auf Kosten des ÖPNV in Hessen.

67 Im bundesweiten Ländervergleich ist diesbezüglich hinzuzufügen, dass Hamburg, Brandenburg
68 und Sachsen keine Managementaufwendungen benötigen, um das Geld den
69 Verkehrsverbänden zukommen zu lassen. Damit ist Hessen in Sachen
70 Managementaufwendungen untern den anderen Ländern, die hierfür zwischen 5,2 - 5,7%
71 veranschlagen, traurigen Spitzenreiter.

72 Es geht nicht darum, die Verkehrsverbände zu einer Kostenoptimierung zu bewegen, sondern
73 darum den Landeshaushalt zu sanieren. Den Verkehrsverbänden fehlen somit jährlich zwischen
74 46-48 mio. Euro, welche Ihnen jedoch für ihre Finanzierung zustehen.

75 Die kommunalfeindliche (Verkehrs-)Politik der Landesregierung muss endlich aufhören! Wenn
76 nicht bald die bereits realisierten bzw. noch drohenden Pläne von Dieter Posch, dem Ministers

77 für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, gestoppt werden, erleben wir in einigen Jahren
78 die Renaissance des ÖPNV aus den 80`er Jahren.

79

80 Zu 2.) Die diskutierte Zusammenlegung von NVV und RMV ist keineswegs der Heilsbringer für
81 den ÖPNV. Zu erwartende Synergieeffekte wird es unserer Meinung nach nicht geben, da die
82 Nähe zum Wirkungsgebiet fehlen wird. Hierdurch wird nur eines geschaffen: Eine
83 Verkehrsverbund, der nur unzureichend in der Lage sein wird, auf die Bedürfnisse der
84 Menschen vor Ort einzugehen. Die Zusammenlegung der beiden Verkehrsverbände würde
85 ferner die demokratische Einflussnahme ausdünnen und die Kommunalpolitik beschneiden. Für
86 uns Sozialdemokraten ist dies aufs schärfste abzulehnen!

87 Zu 3.) Es muss begriffen werden, dass ein angemessenes ÖPNV-Angebot ein Teil sozialer
88 Politik ist. Spart man dort, bedeutet dies, dass schwach ausgelastete Strecken nicht mehr
89 bedient werden, wie es in verschiedenen Regionen bereits der Fall ist. Was bedeutet dies aber
90 für die Menschen vor Ort?

91 Viele von ihnen werden dann auf Hilfe angewiesen sein, wenn sie zum Arzt, in die Apotheke
92 oder zum nächsten Lebensmittelladen müssen. Damit verlieren sie nicht nur ihre
93 Selbstständigkeit, sondern auch die Möglichkeit soziale Kontakte zu pflegen. Dies ist umso
94 fataler, wenn man an die demographischen Herausforderungen unserer Region denkt. Jene
95 Kommunen, die vom ÖPNV abgeschnitten werden, wird es nur schwer gelingen junge Familien
96 anzuziehen. Die Landesregierung verschärft durch ihr politisches Handeln somit die negativen
97 Auswirkungen des demographischen Wandels. Für uns Jusos ist dies genau ein Schritt in die
98 falsche Richtung.

99 Es gilt den ÖPNV zu stärken, um ihn weiterhin attraktiver zu machen. Eine Verminderung des
100 Individualverkehrs entlastet nicht nur unsere Orte und Straßen, sondern nutzt auch der Umwelt.
101 Höhere Fahrpreise und ein geringerer finanzieller Spielraum für den NVV läuft dem zu wider
102 und verbannt den ÖPNV und die darauf angewiesenen Menschen auf den zweiten Platz.
103

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: U 4

Antragsteller: Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Betr.: Medikamente in der Massentierhaltung

1 Die Bezirkskonferenz hat zur weiteren Beratung an den Bezirksausschuss überwiesen:
2
3 Wir fordern die Bundesregierung auf, die Regularien zur Medikamentenabgabe in der
4 Tierhaltung zu verschärfen!

5
6

7 **Begründung:**

8
9 Medikamente, die in der Massentierhaltung eingesetzt werden, sind keine Vitamine!
10 Der Umgang mit Penicillin und anderen Antibiotika ist absolut unverantwortlich,
11 dies führt zu immer mehr resistenten Keimen, die die Gesundheit eines jeden
12 bedrohen.

Beschlossene Anträge

K

Kommunalpolitik

- | | | |
|-----|--|--------------------------|
| K 1 | Mehr Demokratie auf kommunaler Ebene wagen | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| K 2 | Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| K 3 | Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen Sozialplanung | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| K 4 | Kommunale Finanzen | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| K 5 | Ausbildungssituation in den Landrats-Ämtern | Unterbezirk Kassel-Land |
| K 8 | Sicherung der Gewerbesteuer | Unterbezirk Schwalm-Eder |
| K 9 | Ehrenamtsförderung | Unterbezirk Schwalm-Eder |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: K 1

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Mehr Demokratie auf kommunaler Ebene wagen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2 Wir fordern, dass der §8b der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) wie folgt geändert wird:

3 a) Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

4 "Der Gemeindevorstand unterrichtet die Bürgerinnen und Bürgern bei der Einleitung
5 eines Bürgerbegehrens über die einzuhaltenden gesetzlichen Bestimmungen."

6 b) Als neuer Abs. 4 wird eingefügt:

7 "(4) Ein Bürgerbegehren muss in Gemeinden von mindestens 5 Prozent der bei der
8 letzten Gemeindevwahl amtlich ermittelten Zahl der wahlberechtigten Einwohner
9 unterzeichnet sein. Die Wahlberechtigung der Unterzeichner muss im Zeitpunkt der
10 Unterzeichnung gegeben sein."

11 c) Der bisherige Abs. 6 wird wie folgt geändert:

12 Satz 1 erhält folgende Fassung:

13 "Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem
14 sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit
15 in Gemeinden mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt."

16
17 Außerdem fordern wir die Schaffung einer Möglichkeit zur offenen Bürgerbefragung.
18 Dabei soll den Bürgern die Möglichkeit geboten werden, konkrete politische Vorschläge (z.B.
19 finanzielle Einsparungen) zu nennen. Gesetzliche Regelungen sind zu Art, Auswertung,
20 Umfang und Zweck in die Hessische Gemeindeordnung aufzunehmen.

21

22

23 **Begründung:**

24 Mit der Erleichterung eines Bürgerbegehrens auf kommunaler Ebene erhoffen wir uns, dass der
25 Dialog zwischen Bürgern und kommunalen Volksvertretern gefördert wird. Aufgrund der
26 Tatsache, dass die Bürger leichter Kritik äußern und konkrete Vorschläge nennen können, soll
27 die Bindung der Politiker an ihre Wählerschaft verbessert werden. Dies kann neben dem
28 Bürgerbegehren durch eine offene Bürgerbefragung gewährleistet werden.

29 Gegenüber bisherigen SPD-Forderungen bezüglich des § 8b HGO wollen wir, dass ein
30 Bürgerbegehren in Kommunen unabhängig von der Anzahl der Einwohner bereits bei
31 mindestens 5 Prozent zu Stande kommt. Durch die erleichterte politische Beteiligung auf der
32 kommunalen Ebene, würde das politische System gefestigt werden, weil Bürger sich leichter
33 beteiligen können. Die deutsche Demokratie würde also von der niedrigsten Gliederungsebene
34 aus gestärkt werden. Außerdem stellt es eine Vereinfachung des Gesetzes dar, denn es gilt nur
35 noch ein Prozentsatz für alle.

36 Auch bei Volksentscheiden fordern wir eine Vereinheitlichung der Prozentsätze und somit keine
37 prozentuale Staffelung nach Bewohnern.

38 Bei weitreichenden Entscheidungen sollte unserer Meinung nach jeder die Chance haben
39 seine Stimme direkt einzubringen, daher fordern wir, dass mindestens ein Viertel der
40 Wahlberechtigten nötig ist, um einen Volksentscheid für das Gemeindeparlament verbindlich zu
41 halten.
42 Dabei sehen wir einen Zusammenhang von Volksbegehren und Volksentscheiden. Politische
43 Mitarbeit soll vereinfacht werden, bindende Volksentscheide jedoch repräsentativ sein!

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: K 2

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Innerstädtischer Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2 Die hessische SPD-Landtagsfraktion, alle SPD-Kreistagsfraktionen in Hessen, sowie alle SPD-
3 Gemeindefraktionen in Hessen werden aufgefordert, dem zunehmenden Problem von
4 innerstädtischen Leerstand und Leerstand im ländlichen Raum entgegen zu steuern.

5 Dazu fordern wir die Ausweitung des hessischen Dorferneuerungsprogramms, welches durch
6 Investitionen in die Dorfkerne den zunehmenden Leerstand in den Kommunen entgegen wirkt.
7 Kommunen soll somit die Möglichkeit gegeben werden ihre Dorfkerne zu beleben und somit
8 attraktiver für Bewohner und Wirtschaft zu werden. Dies kann nur realisiert werden, wenn die
9 Entwicklung regionaler Konzepte zur Bekämpfung von Leerstand gefördert und gefordert wird.

10

11

12 **Begründung:**

13 Durch die zunehmende Urbanisierung gehen kleineren Kommunen auch wichtige
14 infrastrukturelle Elemente verloren, da viele Geschäfte und Büros sich zentralere und größere
15 Standorte suchen.

16 Eine Leerstandsbefragung unter deutschen gebäudeverwaltenden Unternehmen aus dem
17 Jahre 2010 ergab, dass im Portfolio dieser Firmen bis zu 25% Leerstand vorzufinden sind.
18 Viele dieser Immobilien stehen bereits seit 24 Monaten leer.

19 Dieses Problem zieht sich bereits seit den 90er-Jahren durch strukturschwache Kommunen im
20 ländlichen Raum. Daher wird es Zeit, durch ein modernes Konzept Wohnungen und
21 Geschäftsräume in Kommunen attraktiver und damit erfolgreicher zu machen.

22 Der Hauptlösungsansatz liegt in der richtigen Vermarktung. Vor allem Neue Medien, wie das
23 Internet sind hier hilfreich, aber auch regelmäßige Flyer in Printmedien (auch überregional)
24 können Wohn- und Arbeitsraum attraktiv vermarkten.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: K 3

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Verbindliche finanzielle Stärkung der regionalen
Sozialplanung im ländlichen Raum

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
- 2 Wir fordern eine verstärkte und verbindliche finanzielle Unterstützung der
3 Sozialraumorientierung im ländlichen Raum. Gerade in ländlichen Regionen ist eine stärkere
4 Gewichtung der Analyse von sozialen Infrastrukturen wichtig, um adäquat auf die Gestaltung
5 von Lebenswelten eingehen zu können. Dies bezieht sich auf alle im SGB II, VIII und XII
6 angegebenen Leistungen um eine kinder-, jugend-, familienfreundliche und inklusive
7 Lebenswelt zu gestalten. Voraussetzung dafür ist, dass auf der Grundlage einer regionalen
8 Sozialplanung, d.h. verbindliche Datenerhebung der Bevölkerungsstruktur und der sozialen
9 Infrastruktur, gearbeitet wird. Die einzelnen Landkreise sollen hierzu finanzielle Mittel zur
10 Verfügung stellen, um einen regionalen Sozialatlas zu erstellen.
11 Diese Erstellung soll für alle regionalen Verwaltungsinstanzen verbindlich sein und bedarf
12 finanzieller Unterstützung von Land und Bund.
- 13 Neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen stellen für Kommunen stets neue
14 Herausforderungen dar. Herausforderungen bestanden immer, die Dimensionen und Qualitäten
15 haben sich jedoch stark verändert. Die steigenden Sozialausgaben sind für einzelne
16 Kommunen nicht mehr zu bewältigen. An diesem Punkt darf die Hauptfrage jedoch nicht mehr
17 ausschließlich die Finanzierungsmöglichkeit sein, sondern vielmehr die Erschließung von
18 Ressourcen und neuen Handlungsspielräumen.
- 19 Durch eine integrierte Sozialplanung in der kommunalen Finanzplanung entstehen neue
20 Möglichkeiten frühzeitig Demografie bedingte und wirtschaftsstrukturelle Entwicklungen zu
21 erkennen und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Budgetstrukturen deuten und erkennen
22 zu können. Dabei nimmt die regionale Sozialplanung die Rolle im Spannungsfeld der mittel-
23 und langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf das soziale Miteinander, der
24 ökonomischen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und der sozialen Sicherungssysteme ein.

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: K 4 Neufassung

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat:
Juso-Landeskonferenz Hessen
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen

Betr.: Kommunale Finanzen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich erneut für eine Erhöhung des Kommunalen
3 Finanzausgleichs zur Stabilisierung der Kommunal-Haushalte einzusetzen. Um dies zu
4 gewährleisten fordern wir die Rücknahme der vorgenommenen jährlichen Kürzungen um rund
5 326 Mio. Euro, sowie keine Einführung des „Kommunalen Rettungsschirmes“.

6 Weiterhin muss eine Zuführung der vorgesehenen 100 Mio. Euro jährlich an den KFA geleistet
7 werden, der weiter um originäre Landesmittel aufgestockt werden soll.

8 Wir verlangen strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine Absenkung von
9 standardisierten Gebühren.

10

11 **Begründung:**

12 Die meisten Kommunen hatten im Jahr 2011 einen unausgeglichenen Haushalt und werden
13 auch im Jahr 2012 keinen ausgeglichenen Haushalt erzielen. Über eine Erhöhung des
14 kommunalen Finanzausgleichs wäre es möglich, dass Defizit zu verkleinern und somit den
15 Kommunen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen um pflichtigen und freiwilligen Aufgaben
16 nachgehen zu können. Da die Kommunen Pflichtaufgaben finanziell bewältigen müssen,
17 werden auf Kommunalebene Schulden gemacht, für welche sich diese bei der kommunalen
18 Finanzaufsicht rechtfertigen müssen.

19 Die Kommunen erhalten demnach effektiv ca. 226 Mio. € weniger als letztes Jahr.

20 Alle hessischen Kommunen zusammen haben insgesamt ca. 15 Mrd. € Schulden. Eine
21 effektive Verringerung der Landesmittel für Kommunen zum Schuldenabbau ist hier wenig
22 hilfreich.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: K 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: Juso- Landeskonferenz Hessen, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Ausbildungssituation in den Landratsämtern

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Die Landtags- und Kreistagsfraktionen werden aufgefordert, sich für die Verbesserung
4 der Situation der Auszubildenden in den Landratsämtern einzusetzen, so dass die
5 Auszubildenden unbefristet und in der richtigen Entgeltgruppe übernommen werden.

6
7

8 **Begründung:**

9

10 Es scheint gängige Praxis in den Personalabteilungen der Landratsämter zu sein, dass
11 ausgelernten Auszubildenden zunächst nur ein befristeter Arbeitsvertrag angeboten wird. Selbst
12 Mitgliedern der Jugendarbeitnehmervertretung wird die rechtlich verbindliche unbefristete
13 Übernahme verweigert. Dies soll angeblich sogar in einem internen Rundschreiben als
14 Verfahren festgelegt worden sein. Dies muss sich ändern, will man auch zukünftig ein
15 attraktiver Ausbilder für Auszubildende aus der Region sein. Wenig verständlich ist auch die
16 Eingruppierungspraxis der Landratsämter. So werden Auszubildende nach ihrem Abschluss in
17 die falsche, deutliche niedrigere Entgeltgruppe eingeordnet. Ihnen wird auf Rückfrage mitgeteilt,
18 dass ihnen der Klageweg freistehe. Damit wird das Problem als solches klar anerkannt, aber
19 auf individualrechtliche Vorgänge abgewälzt. Jeder einzelne Auszubildende soll also gesondert
20 gegen seine Eingruppierung vorgehen, da man natürlich von Seiten der Landratsämter weiß,
21 dass nur ein geringer Teil der Auszubildenden eine Klage gegen seinen Arbeitgeber während
22 eines befristeten Arbeitsvertrags riskiert. Hier wird bessere rechtliche Stellung der Arbeitgeber
23 klar ausgenutzt.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: K 8

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Sicherung der Gewerbesteuer als Einnahme für die
Kommunen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Der Juso-Bezirk Hessen-Nord fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, ein Gesetz zu
4 entwerfen, welches Steuerschlupflöcher für Unternehmen schließt. Es soll somit zukünftig nicht
5 mehr möglich sein, dass große Unternehmen ihre Gewinne so „klein rechnen“, dass sie keine
6 Gewerbesteuerabgaben leisten müssen.

7
8
9 **Begründung:**
10 Es ist gegenüber kleinen und mittelgroßen Unternehmen nicht gerecht, dass große
11 Unternehmen bei der Zahlung der Gewerbesteuer einseitig bevorzugt werden. Nicht nur die
12 kleinen Unternehmen haben hierdurch einen Wettbewerbsnachteil. Ebenso gelangen
13 Kommunen durch eine Sicherung der Gewerbesteuer zu neuen finanziellen Mitteln und können
14 eine aktivere und nachhaltigere Konsolidierungspolitik verfolgen.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

<u>Antrag:</u>	K 9
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Schwalm Eder
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand SPD-Landtagsfraktion
<u>Betr.:</u>	Ehrenamtsförderung, Förderung von Ehrenamtsstrukturen, Gleichstellung von Arbeitnehmern in öffentlichen und in privaten Beschäftigungsverhältnissen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2

3

Ehrenamtsförderung:

4

Wir fordern die Entwicklung eines Projektes mit dem Ziel ältere Menschen, vor allem Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre, für ehrenamtliche Tätigkeiten zu begeistern.

5

6

Diese Tätigkeiten sollten ihre Schwerpunkte in der Kinder- und Jugendarbeit sowie im Umgang mit hilfsbedürftigen älteren Menschen, z.B. in Seniorenheimen, haben.

7

8

Förderung von Ehrenamtsstrukturen:

Wir fordern die Stärkung des Ehrenamtes durch vor allem finanzielle Unterstützung für Kommunen bei der Schaffung von ehrenamtlichen Infrastrukturen, einzelnen Projekten und der Aus- und Weiterbildung von ehrenamtlich Tätigen.

10

11

12

Gleichstellung von Arbeitnehmern in öffentlichen und in privaten Beschäftigungsverhältnissen:

13

14

Das Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKGB) sieht bis zu 12 Tagen Sonderurlaub vor, wenn man sich ehrenamtlich in der Jugendarbeit engagiert und in der Privatwirtschaft beschäftigt ist. Für Angestellte im öffentlichen Dienst gilt lediglich ein Erlass des Innenministers, der öffentlichen Arbeitgebern empfiehlt, genau so zu verfahren. Da diese die Personalkosten aber nicht durch das Land erstattet bekommen, gibt es faktisch keine Gleichbehandlung. Um eine wirkliche Gleichbehandlung herzustellen, muss das HKGB entsprechend geändert werden.

20

21

22

Begründung:

23

In Zeiten, in denen Jugendliche und Erwerbstätige immer weniger Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten finden, ist es wichtig, gerade die Bevölkerungsgruppen anzusprechen, die Zeit haben und eventuell auch Erfahrungen im Umgang mit eigenen Kindern und Enkelkindern haben.

25

26

Wir meinen konkret Projekte, wie z.B. den sogenannten „Leihopa“ im Kindergarten oder bei anderen Trägern.

27

28

Die Menschen in Deutschland und speziell im Schwalm-Eder-Kreis werden immer älter! Ehrenamtliche Arbeit, kann hier helfen das Problem des demografischen Wandels aufzufangen.

29

30

31

Es sollte geprüft werden, ob auch in Nordhessen eine Institution gegründet werden kann, die Rentnerinnen und Rentnern, die sich noch fit genug fühlen, eine Plattform bietet um denjenigen älteren Menschen, die nicht mehr alleine zurechtkommen, Hilfestellungen zu leisten (z.B. Einkauf erledigen, Tageszeitung vorlesen, etc.).

33

34

35

Statt finanziellem Ausgleich kann den Rentnerinnen und Rentnern die Zeit gutgeschrieben werden, die sie damit verbringen und von einem so aufgebauten „Zeitkonto“ könnten selbige Dienste „bezahlt“ werden, wenn sie eigenen Bedarf haben.

36

37

38

39 An anderen Orten der Republik funktionieren solche Modelle bereits bestens, es ist an der Zeit
40 auch in Nordhessen aktiv zu werden.

Beschlossene Anträge

EU

Europa

- | | | |
|------|---|--------------------------|
| EU 1 | Fiskalunion und Wirtschaftsregierung-light
helfen Europa nicht aus der Krise | Bezirksvorstand |
| EU 3 | Mehr direktdemokratische Elemente
in der EU | Unterbezirk Schwalm-Eder |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: EU 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen
Parlament

Betr.: „Fiskalunion“ und „Wirtschaftsregierung-light“ helfen Europa
nicht aus der Krise!

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 **Fiskalunion**

4
5 Der Euro steckt weiter in seiner größten Krise seit seiner Einführung und auch das Gesamtpro-
6 jekt „Europäische Union“ steht weiterhin unter großem Druck. Die Finanzkrise von 2007 ist
7 auch im Jahre 2012 immer noch nicht überwunden. Immer wieder war die deutsche Bundesre-
8 gierung Garant dafür, dass die europäische Krise weiter verschärft, als endlich gelöst wird. Der
9 neueste Clou auf dem Weg der großen Versprechen scheint der „Vertrag über Stabilität, Koor-
10 dinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (ugs. Euro-Plus-Vertrag) zu
11 sein, den die Staats- und Regierungschef auf ihrem Märzgipfel in Brüssel abschließend ver-
12 handelt haben und der spätestens zum 01. Januar 2013 in Kraft treten wird. Herzstück des Eu-
13 ro-Plus-Vertrags ist die neue Fiskalunion, die vor allem von der deutschen Kanzlerin Angela
14 Merkel vorangetrieben wurde und die Länder der Europäischen Union zu stärkerer Haushalts-
15 disziplin verpflichten soll. So stellt der Euro-Plus-Vertrag die Antwort auf die viel beschriebene
16 „Staatsschuldenkrise“ dar, die vor allem die südeuropäischen Euro-Länder erfasst haben soll.
17 Die Verwendung des Konjunktivs verdeutlicht, dass die aktuelle Krise genuin keine Staats-
18 schuldenkrise ist, sondern lediglich ein weiteres Krisensymptom der Kapitalismuskrisis, die seit
19 dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und dem Platzen der Subprime-Blase in den USA
20 seit 2007 ihr Unwesen treibt. So waren es gerade die südeuropäischen Euro-Länder wie Spa-
21 nien, Griechenland und Portugal, die in den Jahren vor der 2007er Krise ihre Staatsdefizite
22 massiv verringern konnten. Erst durch das Retten von „systemrelevanten“ Banken und die re-
23 alwirtschaftlichen Einbrüche in Folge der Finanzkrise führten zu vermehrten Staatsausgaben
24 und zu höheren Staatsschuldenquoten. Von „über ihren Verhältnissen lebenden Staaten“ kann
25 also nicht die Rede sein und täuscht über die eigentlichen Ursachen dieser aktuellen Krise nur
26 hinweg. Dass die Fiskalunion daher kein adäquates Mittel zur Bekämpfung der Krise sein kann,
27 sondern vielmehr die Krise und ihre Folgen für die Menschen verschärfen wird, soll daher an-
28 hand zweier Punkte genauer betrachtet werden.

29
30 **Die Fiskalunion kann Krisen nicht verhindern**

31
32 Im Euro-Plus-Vertrag verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten ihr strukturelles Defizit auf ma-
33 ximal 0,5% des BIPs zu beschränken. Aber zugleich dürfen die Vertragsstaaten bei „außerge-
34 wöhnlichen Umständen“, hiervon abweichen. Dies bedeutet, dass die Staaten sich auch weiter-
35 hin massiv verschulden dürfen, um bspw. Banken zu retten. So wird das eigentliche Problem,
36 die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus, durch die Fiskalunion nicht gelöst, sondern vielmehr
37 erlaubt der Euro-Plus-Vertrag auch zukünftige Krisen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger
38 zu sozialisieren.

39

40 **Die Fiskalunion verstärkt die aktuelle Krise**

41

42 Nicht nur, dass die Fiskalunion zukünftige Krisen nicht verhindern kann, vielmehr verschärft sie
43 sogar die aktuelle Krise in Europa. Das aktuelle Spardiktat aus Brüssel und Berlin verhindert
44 einen realwirtschaftlichen Aufschwung in Südeuropa. Die massiven Sparmaßnahmen führen
45 zum Rückgang der Binnennachfrage und somit zu weiteren wirtschaftlichen Problemen auf de-
46 nen zugleich soziale Problemstellungen folgen, auf die die Staaten nicht mehr angemessen
47 reagieren können, da dies ihnen der Euro-Plus-Vertrag untersagt. Vielmehr als das Zusam-
48 menstreichen der öffentlichen Haushalte in den Krisenstaaten, braucht es ein massives öffentli-
49 ches Investitionsprogramm, das die Wirtschaft stabilisiert und somit auch das Ausweiten sozia-
50 ler Probleme beschränken kann. Dass es zudem aus volkswirtschaftlicher Betrachtung durch-
51 aus Sinn macht sich auch in den Nichtkrisenzeiten für Zukunftsinvestitionen bspw. in Bildung
52 oder Forschung zu verschulden, stellt dabei nur die Spitze der Kritik an der Fiskalunion dar. Vor
53 allem aus Sicht junger Menschen vor Ort in den Krisenstaaten müssen Programme auferlegt
54 werden, die Perspektiven bieten. So nähert sich die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland,
55 Spanien und Portugal fortwährend mit großen Schritten der 50%-Marke. Eine Fiskalunion ohne
56 volkswirtschaftlich vertretbare Investitionsprogramme lässt eine ganze Generation junger Euro-
57 päer ausbluten und schließt sie von gesellschaftlicher Teilhabe aus!

58

59

60 **Wirtschaftsregierung-light**

61

62 Ein weiterer Abschnitt des Euro-Plus-Vertrags regelt die stärkere Koordinierung der Wirt-
63 schaftspolitik innerhalb der Europäischen Union. Ein Ansatz, der sicherlich unterstützenswert
64 ist. Die jetzt beschlossenen Ausführungen lassen aber nicht auf eine starke europäische Wirt-
65 schaftsregierung schließen, sondern sind vielmehr als „Wirtschaftsregierung-light“ zu betiteln.
66 Anstelle von transparenten und demokratischen Entscheidungsprozessen in der gemeinsamen
67 Wirtschaftspolitik, steht wieder einmal mehr ein, für die EU leider allzu häufiger, Regierungs-
68 klüngel. Die Staats- und Regierungschefs höchstpersönlich sollen die nationalen Wirtschaftspoli-
69 tiken zu einer europäischen Wirtschaftspolitik koordinieren. Das Europäische Parlament sitzt
70 einmal mehr am Katzentisch. So kann der Präsident des Europäischen Parlamentes zu wirt-
71 schaftspolitischen Diskussionen eingeladen werden, muss dies aber laut Vertragstext nicht
72 zwangsläufig! Es wurde bewusst vertan eine demokratische Wirtschaftsregierung zur Gestal-
73 tung einer gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik zu etablieren, die die Entwicklung der gesam-
74 ten EU in den Blick nimmt und somit bspw. auch ein Gegengewicht zu den, in der Vergangen-
75 heit geführten, Steuerdumpingkämpfen in Europa, die in der Retrospektive auch eine Mitschuld
76 an der jetzigen Krise tragen, hätte bilden können.

77

78

79 Statt der durch den Rat der Europäischen Union beschlossenen Maßnahmen fordern wir Jusos
80 eine Abkehr von den unsäglichen Plänen der Fiskalunion, die den Krisenstaaten statt Hilfe an-
81 zubieten weitere Fesseln anlegt. Vielmehr bedarf es eines europäischen Investitionsprogram-
82 mes, das den Menschen und vor allem der Jugend wieder Perspektiven geben kann. Hierzu ist
83 eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung notwendig, die sich durch demokratische
84 Verfasstheit auszeichnet und dementsprechend durch das Europäische Parlament getragen
85 werden muss. Wir brauchen soziale und demokratische Antworten auf die aktuelle Krise in Eu-
86 ropa und keinen konservativen Staatsrückbau á la Merkel und Sarkozy.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: EU 3

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Mehr direktdemokratische Elemente in der EU

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion, der SPD-Parteivorstand und die Fraktion der Sozialdemokraten
4 im Europaparlament werden aufgefordert, sich für mehr direktdemokratische (plebiszitäre)
5 Elemente in der Europäischen Union einzusetzen. Ziel muss die Verbesserung der
6 Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sein, sich inhaltlich stärker beteiligen zu können.

7
8
9 **Begründung:**

10 EU-Bürgerinnen und Bürger sollen durch direktdemokratische Elemente stärker eingebunden
11 werden. Dies betrifft vor allem die wichtigen politischen Entscheidungen bezüglich der
12 Europäischen Union, inklusive aller Entscheidungen in und um europäische Einzelstaaten.
13 Gerade in diesen Tagen, in der die EU oft in der Kritik steht, ist es wichtig den Bürgerinnen und
14 Bürgern die EU und ihre Entscheidungen nahe zu bringen und Sie daran zu beteiligen.
15 In Deutschland entstehen 31,5 Prozent der Wurzeln für Gesetzesbeschlüsse in der
16 Europäischen Union. (*Stand: 2009). Der Bürger/die Bürgerin sollte in diesen wichtigen
17 Gesetzgebungsprozessen enger eingebunden werden. Eine stärkere Einbindung schafft mehr
18 Nähe unter den europäischen Staaten und zeigt die Möglichkeiten der demokratischen
19 Mitgestaltung auf.

20 Die Möglichkeit von Volksentscheiden und Bürgerinitiativen muss auf EU-Ebene geschaffen
21 werden. Dazu müssten entsprechende Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen
22 herausgearbeitet werden, die diese direktdemokratischen Elemente zur Beteiligung von EU-
23 Bürgern an politischen Entscheidungen regeln.

24 Die europäische Staatenkrise hat gezeigt, dass Politik und Bürger stärker denn je zusammen
25 arbeiten müssen und Entscheidungen nicht nur durch die Politik alleine getragen werden
26 können. Gerade die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten Mitspracherechte
27 bekommen, denn es zeigt sich heute mehr denn je, dass Europa zunehmend wichtiger für die
28 Wirtschaft und Politik der einzelnen EU-Staaten wird.

29 Auf europäischer Ebene gibt es hier die große Chance Bürgerinnen und Bürger stärker für
30 politische Themen zu bewegen und zu politisieren.

Beschlossene Anträge

F

Finanzen

F 1	Transaktionssteuermodell	Bezirksvorstand
F 3	Emanzipierung von den großen Drei	Unterbezirk Schwalm-Eder
F 4	Regulierung der Finanzmärkte	Unterbezirk Schwalm-Eder
F 5	Trennung der Banken in Investment- und Geschäftsbanken	Unterbezirk Schwalm-Eder

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: F 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Transaktionssteuermodell

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Die Jusos Hessen-Nord fordern die SPD dazu auf, statt einer einfachen Transaktionsteuer von
4 0,5% auf alle Transaktionen, wie schon auf dem SPD-Bundesparteitag beschlossen,
5 ein differenzierteres Modell mit Handelskorridor zu entwickeln.

6
7 Die letzten Jahre haben gezeigt, wie instabil das Finanzsystem geworden ist. Eines der größten
8 Probleme sind die übermäßig großen Geldströme, die unverhältnismäßig im Vergleich zum
9 produzierenden Gewerbe sind. Dass zu viel Kapital verschoben wird, kann man schon allein
10 daran erkennen, dass es zeitweise zu negativen Zinsen auf deutsche Staatsanleihen kam. Mit
11 dem Hintergrund der Bankenrettung ist es unverantwortlich, dieses freie Kapital nicht für
12 gesellschaftliche Zwecke wieder abzuschöpfen.

13
14 Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass das System stabiler wird. Denn es muss
15 berücksichtigt werden, dass bei einer Einführung der Transaktionssteuer Geschäfte mit
16 kleineren Gewinnen nicht mehr getätigt werden, die wiederum zur Stabilisierung der Kurse
17 beitragen. Deshalb ist eine pauschale Besteuerung, wie beim vergangen Bundesparteitag
18 beschlossen zwar ein sehr einfaches Modell, wird aber der heutigen wirtschaftlichen
19 Komplexität nicht gerecht. Daher fordern wir, dass wir weiter an dem Instrumentarium der
20 Transaktionssteuer arbeiten.

21
22 In der Vergangenheit besteuerten bereits einige Länder z.B. Frankreich, Deutschland und
23 Schweden die Finanztransaktionen. Schweden z.B. ist heutzutage ein entschiedener Gegner
24 der Besteuerung von Transaktionen, weil dieses Land mit der Erhebung einer
25 Börsenumsatzsteuer schlechte Erfahrungen machen musste. Die schwedische Regierung
26 erhoffte sich Einnahmen in Höhe in von 165 Mio. €. Letzten Endes nahmen die Schweden u.a.
27 wegen der Krise beim Handel mit festverzinslichen Wertpapieren, nur 9 Mio. € ein.

28
29 Wenn man dies berücksichtigt ist es etwas verständlich, das Schweden äußerst skeptisch
30 gegenüber der Besteuerung von Transaktionen ist. trotzdem kann es nicht sein dass z.B.
31 Großbritannien auf Grund eigener Machtinteressen der Meinung ist, dass ihr Konzept der
32 „Stempelsteuer“ ausreichend ist. Denn diese Steuer erfasst nur den Handel mit Aktien und
33 Optionsscheinen und nicht z.B. das Geschäft mit Derivaten. Also genau der Handel mit
34 Finanzprodukten, der uns mit in diese Krise zog. Daher müssen, wie bereits beschlossen, alle
35 Transaktionen besteuert werden.

36
37 Ziel der Erhebung der Transaktionssteuer ist es, Kursschwankungen abzufedern. Um dies zu
38 ermöglichen, sind wir der Ansicht, dass zur Besteuerung das Modell des Handelskorridors
39 herangezogen werden sollte. Dieser Korridor könnte beispielsweise 30 % des jeweiligen
40 Durchschnittskurses der letzten 30 Tage umfassen. Also werden Geschäfte innerhalb dieses
41 Korridors abgeschlossen, gilt ein niedrigerer Steuersatz. Dadurch lohnt es sich z.B. nicht mehr

42 allzu große Spekulationsgeschäfte abzuschließen.

43

44 Durch diese Maßnahme könnten auch die Gegner der Besteuerung von Transaktionen
45 umgestimmt werden. Denn wir fordern dass eine Transaktionssteuer weltweit eingeführt wird
46 um Steueroasen und Abwanderung von Kapital zu vermeiden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

<u>Antrag:</u>	F 3 Neufassung
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Schwalm Eder
<u>Adressat:</u>	Sozialistische Fraktion + Fraktion der Demokraten im europ. Parlament
<u>Betr.:</u>	Emanzipierung von den „großen Drei“ Schaffen einer europäischen Ratingagentur

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
- 2 In Europa soll der Versuch unternommen werden eine Ratingagentur europäischen
3 Hintergrunds zu schaffen. Der finanzielle Aufwand der Schaffung einer solchen weiteren
4 europäischen Institution soll durch die bereitgestellten Gelder aus ESM bewältigt werden,
5 notfalls aber durch eine gesonderte Abgabe des Bruttoinlandproduktes (BIP) aller Mitglieder
6 der Eurogruppe (Deutschland ca.60 Milliarden € [Staaten, die hierzu nicht in der Lage sind
7 werden hierbei von Instrumenten wie dem ESM unterstützt]), um Abhängigkeitsverhältnissen,
8 bzw. Befangenheiten die durch Investitionen in ESM durch andere Länder (beispielsweise
9 China) entstehen könnten, zu entgehen.
- 10 Diese europäische Ratingagentur soll unabhängige Ratings bezüglich der Produkte des
11 weltweiten fiskalen Anleihenmarktes abgeben.
- 12 Um Vertrauen in die Validierung dieser Ratings nach neutralen, modernen ökonomischen
13 Maßstäben zu schaffen, soll ein demonstrativer wie auch rein dienstmäßiger regelmäßiger
14 Austausch zwischen einer solchen neuen Institution und der World Trade Organisation (WTO)
15 sowie dem Internationalen Währungsfond (IWF) auf beratender Basis stattfinden. Weiterhin soll
16 diese Ratingagentur mit Analysten und Sachverständigen aller Nationalbanken der
17 Mitgliedsstaaten der Eurogruppe personell bestückt werden, um eine Ausgewogenheit in der
18 Bewertung der Bonität diverser fiskaler Emittenten zu gewährleisten. Ferner soll als leitendes,
19 die Geschäfte führendes Organ ein Direktorium entlang des Beispiels der Europäischen
20 Zentralbank (EZB) geschaffen werden. Vertreter dieses Direktoriums sollen verpflichtet werden
21 dem Finanzministerrat der EU in gleichmäßigen Intervallen Bericht über alarmierende
22 Entwicklungen betreffend der Bonität fiskaler Emittenten zum Zweck der frühzeitigen
23 Maßnahmenergreifung der Eurogruppe zu erstatten.
- 24 Des Weiteren soll privaten Investoren ein Jahresbericht über die Entwicklung der Bonität der
25 Länder, die dem genutzten Finanzmarktprodukt zu Grunde liegen in jährlichen Abständen
26 online zugesandt werden. Banken mit Privatkundenbestand sollen dazu verpflichtet werden
27 übersichtlich strukturierte Essays zu allen in Frage kommenden Produkten dieser Art und der
28 Volatilität der Verzinsung, ausgestellt von dieser unabhängigen Agentur, zur allgemeinen
29 Einsicht online zu stellen. Hiermit soll eine bessere Transparenz für Anleger geschaffen
30 werden.
- 31 Die laufende Finanzierung dieser Institution soll durch eine prozentuale Abgabe vom BIP der
32 Mitgliedstaaten der Eurogruppe gestemmt werden.
- 33 Der Sinn einer solchen Kreation wäre eine sukzessive Emanzipation von dem
34 Deutungsmonopol der großen drei Ratingagenturen „Fitch“, „Standard and Poors“ und
35 „Moody“.

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: F 4

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion S& D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Regulierung der Finanzmärkte

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
- 2 Ungezügelter Spekulationen und Profitgier an den Finanzmärkten haben zum Ausbruch der
- 3 letzten Krise geführt, daher fordert die Juso-Bezirkskonferenz, die SPD Bundestagsfraktion und
- 4 die SPD Fraktion im Europaparlament auf, wie schon nach der Finanzkrise 2008 versprochen,
- 5 die Finanzmärkte ausreichend zu regulieren. Nur ungedeckte Leerverkäufe in Deutschland zu
- 6 verbieten und Ratingagenturen und Eigenkapitalvorschriften zu regulieren reicht nicht aus.
- 7 Die Regulierung soll das Verbot des Handels mit Kreditausfallversicherungen, ohne den
- 8 Basiswert (Underlying Asset) zu besitzen, beinhalten. Das bedeutet, dass ein
- 9 Marktteilnehmer/eine Marktteilnehmerin ein Derivat nur handeln darf, wenn er auch den zu
- 10 Grunde liegenden Vermögensgegenstand besitzt. Dieses Verbot schränkt die Möglichkeit zur
- 11 Spekulation in extremem Masse ein. Bisher wurden ungedeckte Kreditausfallversicherungen
- 12 nur auf Staatsanleihen verboten.

<p style="text-align: center;">Jusus in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: F 5

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz Hessen, Juso-Bundeskongress
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Trennung der Banken in Investment- und Geschäftsbanken

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Fraktion der Sozialdemokraten im Europaparlament
3 werden aufgefordert sich für die Trennung der Banken in Investment- und Geschäftsbanken
4 einzusetzen. Dies soll sich vor allem in der Trennung von Einlagen-, Kredit und
5 Wertschöpfungspapiergeschäften, Einlagensicherungsfonds und einem Trennbanksystem
6 äußern.

7 Die Trennung soll ähnlich wie durch das amerikanische Bundesgesetz „Banking Act of 1933“
8 (der zweite „Glass-Steagall Act“) erfolgen und konzipiert werden. Hier zog man die Lehren aus
9 der Weltwirtschaftskrise 1929. Der Act existierte bis zur Aufhebung durch Bill Clintons „Gramm-
10 Leach-Bliley Act“ im Jahre 1999.

11 Konkret bedeutet die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken, die Einführung eines
12 Trennbanksystems, welches die Trennung von Einlagen- und Kreditgeschäft und dem
13 Wertpapiergeschäft sicherstellt.

14

15 **Begründung:**

16 Es müssen Konsequenzen aus den Bankenpleiten in Amerika (Lehmann Brothers) und in
17 Deutschland (HRE, Sachsen-LB, West-LB) gezogen werden. Wenn Großbanken de facto auf
18 einen Schlag wertlos werden und viele Kunden ihr gesamtes gespartes Geld, dass in einer
19 vermeintlich „sicheren Bank“ lag, schlagartig verlieren, muss aus den Fehlern im System
20 gelernt werden.

21
22 Die Trennung des Investmentbankings vom normalen Konto- und Kreditgeschäft stellt sicher,
23 dass die Sparer nicht länger für spekulative Geschäfte aufkommen müssen. Dieses Risiko
24 obliegt dann der Investmentbank. Hierbei geht es nicht darum Banken zu zerschlagen, sondern
25 die Geschäftsbereiche klar zu trennen. Investmentbanken könnten nicht mehr mit dem Geld der
26 Sparer spekulieren. Dies wuerde zum einen das Geld der Sparer und zum anderen das des
27 Steuerzahlers sichern, da der Staat für Spareinlagen garantiert.

Beschlossene Anträge

O

Organisation

- | | | |
|-----|--|--------------------------|
| O 1 | Transparenz und Partizipation | Bezirksvorstand |
| O 2 | Ziel sozialdemokratischer Politik
ist die Teilhabe aller Menschen | Bezirksvorstand |
| O 4 | Trennung von Amt und Mandat | Unterbezirk Schwalm-Eder |

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: O 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bezirksausschuss

Betr.: Transparenz und Partizipation

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen und zudem zur weiteren Beratung an den
2 Bezirksausschuss überwiesen:

3

4

Transparenz, Partizipation und kontroverse Gesprächskultur

5

sind das Bekenntnis zur sozialdemokratischen Volkspartei

6 Die ehemaligen hessischen SPD-Ministerpräsidenten Georg-August Zinn und Holger Börner
7 haben die Begrifflichkeit „Hessen, das sozialdemokratische Musterland“ geprägt. Jetzt liegt es
8 an uns, dafür zu sorgen, dass dies auch im 21. Jahrhundert gilt.

9 Aus der Tradition der hessischen SPD erwächst der Anspruch, durch kontroverse
10 Auseinandersetzung der unterschiedlichen politischen Positionen zu neuen
11 Gestaltungsspielräumen zu finden. Die Kultur des 21. Jahrhunderts verpflichtet uns,
12 transparent und partizipierend alle Genossinnen und Genossen im inhaltlichen Prozess
13 mitzunehmen. Damit gewinnen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die
14 Volkspartei SPD zurück.

15 Die hessische SPD hat nach dem Debakel der Landtagswahl 2008 an Kontur verloren. Durch
16 die permanente mediale Dauerbeobachtung und dem Skandalisieren jedweder inhaltlicher
17 Diskussion kam das Zusammenrücken einem Systemerhalt gleich. Die Überlebensstrategie, die
18 zum damaligen Zeitpunkt richtig und notwendig war, steht uns heute im Weg. Mehr als in den
19 Jahren zuvor war Zusammenhalt und Einheit wichtig. Das Trauma haben wir inzwischen
20 überwunden. Für eine neue, lebendige politische Kultur einer Volkspartei ist es wichtig, dass
21 Transparenz, Partizipation und Konfliktfähigkeit elementare Bestandteile einer Haltung sind, die
22 Unterschiede als Potential erkennt und damit einen neuen inhaltlichen Aufbruch ermöglicht.

23

Wir sind die Partei - und das ist auch gut so!

24 Die hessische SPD hat zwei Bezirke, 26 Unterbezirke und mehr als 62 000 Mitglieder und einen
25 Landesvorstand. Dieser hat die Aufgabe, die Willensbildungsprozesse der Bezirke zu
26 koordinieren und zu bündeln. Daraus ergibt sich die logische Schlussfolgerung, dass
27 Parteitagsbeschlüsse bindend sind, mehr noch dürfen bestimmte Entscheidungsprozesse nicht
28 vorweggenommen werden, indem man über die Medienbekanntgabe an die Solidarität der
29

30 Partei appelliert und sich nachträglich Vorgaben absegnen lässt und als politische
31 Willensbildung der Gesamtpartei tarnt. Wir fordern entschieden die Mitwirkungsrechte der
32 Parteimitglieder. Die innerparteiliche Demokratie darf nicht entwertet werden. Laut
33 Ortsvereinsumfrage fordern die Parteimitglieder entschieden mehr „direkte
34 Einflussmöglichkeiten“ und eine Stärkung des Einflusses der Basis gegenüber den Partieliten.
35 Sie wollen mehr innerparteiliche Demokratie und legen Wert auf die Einhaltung der Grundwerte
36 der Partei und die politischen Inhalte.

37 Betrachtet man diese Erkenntnisse, dann muten Vorgehensweisen der Bekanntmachungen
38 über die Presse der verschiedenen SPD-Spitzen wie eine kalte Entmachtung der SPD-
39 Mitglieder an. Mit solchem Vorgehen wird den eigenen Funktionsträgern und Mitgliedern
40 gezeigt, dass ihre Interessen missachtet werden. Nur wenn klar ist, dass *Wir* die Partei sind,
41 gewinnt die Partei an Glaubwürdigkeit zurück; bei ihren eigenen unzufriedenen
42 Parteimitgliedern und in der Bevölkerung. Die SPD ist eine Wertegemeinschaft und nur als
43 solches hat sie eine Zukunft.

44

45 **Rolle, Funktion und Aufgaben erkennen, verstehen und nutzen!**

46 „Die SPD ist wie eine Möwe, sie hat einen linken Flügel und einen Rechten und beide müssen
47 flattern damit der Vogel fliegen kann.“ hat bereits Helmut Schmidt gesagt.

48 Daraus ergibt sich, dass die SPD immer dann stark war, wenn all ihre Strömungen,
49 Arbeitsgemeinschaften und die Parteibasis in den politischen Willensbildungsprozess mit
50 eingebunden sind. Dies setzt voraus, dass sich die einzelnen handelnden Akteure ihrer
51 jeweiligen Rolle, Funktion und Aufgabe bewusst sind und in diesem Rahmen auch handeln.

52 In einem klaren Rollenverständnis nutzt die SPD Spitze Kritik als notwendiges Feedback,
53 versteht sie als Auseinandersetzungsprozess und nicht als Angriff gegen die eigene Person
54 oder Machtstrukturen. Entsprechend wird mit Kritik politisch inhaltlich umgegangen und lädt
55 nicht zu persönlich motivierten Rachefeldzügen ein. Es gehört zum Selbstverständnis
56 bestimmter Gruppierungen, aus ihrer Rolle und den daraus resultierenden Aufgaben heraus die
57 Vorgehensweise der Partei-„Elite“ zu hinterfragen. Dies ist ein notwendiger Prozess, um
58 „Betriebsblindheit“ zu verhindern, Machtmissbrauch entgegenzuwirken und ist damit als
59 wichtiger Bestandteil des Gesamtsystems zu verstehen und in seinem Gleichgewicht zu
60 erhalten. Es ist schädlich, dies umzudeuten als losgelösten Prozess einzelner Personen. Es
61 dient vielmehr dem Erhalt des politischen Gleichgewichtes und ist essentieller Bestandteil
62 parteiinterner Demokratie. Es gehört zu einer gesunden Entwicklung einer Volkspartei dazu und
63 ist als ihre eigentliche Stärke zu verstehen. In der Abwägung, Kreativität und Willensbildung der
64 politischen Gruppe findet die qualitative Auseinandersetzung statt, von der
65 Erneuerungsprozesse leben, die das politische Geschehen der Zukunft prägen müssen.

66 Jedes Parteimitglied hat die Aufgabe, sich an der inhaltlichen Auseinandersetzung zu
67 beteiligen. Die Aufgabe von Vorsitzenden und Vorständen besteht darin, Parteitagsbeschlüsse
68 umzusetzen, politische Willensbildungsprozesse innerhalb der Partei zu begleiten und
69 Diskussionen vorzubereiten; nicht aber darin, die Partei als politische Gruppe zu übergehen
70 und Inhalte für den eigenen Machterhalt zu nutzen.

71

72 **Die Freiheit des Einzelnen ist die Stärke der Gemeinschaft**

73 Um in schwierigen Zeiten Positionen zu finden, braucht es neben Auseinandersetzungen,
74 Diskussionen, Kreativität und Aktivität vor allem viele kluge Köpfe. In Zeiten der Spezialisierung
75 und Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft kann nicht jedes Thema von allen gleichermaßen
76 behandelt werden. Gute Erfahrungen hat die Hessen SPD schon mit der Bürgerversicherung
77 gesammelt. Hier haben einzelne Experten sich eines komplizierten Sachverhaltes
78 angenommen, analysiert, aufgearbeitet und zu fundierten Ergebnissen neuer
79 sozialdemokratischer Wege beigetragen. Das Ergebnis war ein innerparteilicher
80 Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik. Dieser hat uns als Hessen SPD an die Spitze
81 der Entwicklung eines neuen sozialdemokratischen Konzepts gesetzt.

82 Demnach sollten inhaltliche Ideen zuerst losgelöst von Ämtern und Funktionen sowie von
83 machtpolitischen Interessen betrachtet werden. Gute Ideen müssen Vorrang haben vor
84 innerparteilichen Hierarchien oder mit den Worten von Rosa Luxemburg „Freiheit ist immer
85 auch die Freiheit des anders Denkenden“.

86

87 **Transparenz und Partizipation als Grundpfeiler einer neuen politischen Wertekultur**

88 Ernst zunehmende Beteiligung kann nur stattfinden, wenn alle am Prozess Beteiligten über alle
89 Informationen verfügen. Dies meint auch innerhalb der Partei eine Verwaltungs- und
90 Strukturtransparenz herstellen zu müssen. Hinterzimmerpolitik, in denen sortiert wird, wer mit
91 welchen Inhalten „gefüttert“ wird, um sie zu instrumentalisieren, mehrt die Frustration über
92 Ausgrenzung in Entscheidungsprozessen. Transparenz hingegen schafft Vertrauen und sichert
93 die Teilhabe aller am Gesamtprozess.

94 Transparenz und Partizipation bedeuten breite Beteiligung und nicht die Inkenntnissetzung über
95 einzelne Punkte durch Newsletter und Infopost. Aus der Ortsvereinsumfrage lässt sich
96 erkennen, dass die Genossinnen und Genossen nicht nachträglich informiert werden wollen mit
97 Papieren, in denen man scheinbare Erfolge abfeiert und Personenkult betreibt, sondern im
98 Entscheidungsfindungsprozess ihre Meinung äußern können und gehört werden.
99 Willensbildung hat in einer Volkspartei von unten nach oben zu erfolgen und nicht umgekehrt.

100 Denn es heißt nicht umsonst: „Der Fisch stinkt vom Kopfe her.“

101 Es muss wieder selbstverständlich werden, dass Parteitagsbeschlüsse bindend sind.

102 Weder ist es hilfreich, sich nicht an Bundesparteitagsbeschlüsse zu halten, noch in dieser
103 Konsequenz zu Ende gedacht erst gar keine Beschlüsse mehr zu fassen. Dazu gehört auch,
104 sich nicht in Interviews dazu hinreißen zu lassen, Parteidiskussionen vorweg zu nehmen, um im
105 Anschluss an den Parteitag zu appellieren, diese Position unterstützen zu müssen, um nicht
106 den Vorsitzenden z.B. zu demontieren.

107 Nur wenn weiterhin alle im Prozess mitgenommen werden, wenn wir souverän genug sind,
108 unterschiedliche Meinungen zu ertragen, mehr noch darum zu ringen, dass Unterschiedlichkeit
109 kein Problem, sondern eine Vielfalt ist, die sich die Sozialdemokratie leistet, können wir nicht
110 nur voller Stolz auf eine fast 150-jährige Geschichte zurückschauen, sondern werden auch in
111 der Zukunft stark und stolz auf gute inhaltliche sozialdemokratische Politik blicken können.

112

113 **Politischer Machterhalt zur Durchsetzung von Inhalten und nicht zum Selbstzweck**

114 Die Bürgerinnen und Bürger sprechen der SPD - trotz der Hartz Reform - noch immer im
115 Bereich der Sozialpolitik die höchste Kompetenz zu. Soll heißen, auf diesem politischen Gebiet
116 vertrauen uns die Wählerinnen und Wähler. Mit diesem hohen Gut darf nicht gespielt werden.
117 Die lange Geschichte der SPD als Arbeiterpartei verlangt von uns, inhaltlich glaubwürdig zu
118 bleiben. Gerade nach fast 150 Jahren muss der „rote Faden“ des sozialpolitischen Gewissens
119 erhalten bleiben. Wir müssen unseren progressiven Inhalten zum Wohle der schwächeren Teile
120 in der Gesellschaft treu bleiben. Die Sozialdemokratie ist seit jeher dazu verpflichtet,
121 denjenigen zur Seite zu stehen, denen es aus eigener Kraft nicht gelingt, sich im vorhanden
122 gesellschaftlichen System zu Recht zu finden und am Wohlstand in gebührenden Umfang
123 teilzuhaben.

124 Nach Wahlniederlagen tönt es aus den Lautsprechern unserer Spitzenfunktionäre, dass wir
125 offenkundig nicht die richtigen Inhalte besetzt haben. Hierbei wird das Pferd von hinten
126 aufgezäumt. So entsteht nicht zu Unrecht der Eindruck, dass die SPD inhaltlich beliebig
127 geworden ist, sich am Machterhalt orientiert und nicht an dem, was aus sozialdemokratischer
128 Sicht richtig ist.

129 Das einzelne Mitglied und auch die Wählerinnen und Wähler der SPD haben Interesse an der
130 Wandlung der Gesellschaft und nicht daran, der Steigbügelhalter für Karrieristen zu sein.

131

132 **Am Ende steht der Wahlerfolg**

133 Eine lebendige Sozialdemokratie lässt sich nur aufrechterhalten, wenn wir in einer
134 sozialdemokratischen Haltung aufeinander zu gehen, konstruktiv streiten und miteinander
135 arbeiten. „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ darf nicht nur nach Parteitag gesungen werden,
136 sondern muss der innere Antrieb für die hessischen Genossinnen und Genossen sein.

137

138 Die hessische Sozialdemokratie kommt nicht umher, ihre Strukturen umzubauen, wenn sie
139 zeigen will, dass sie es ernst meint mit der Beteiligung aller Genossinnen und Genossen. Um
140 dieses Ziel zu erreichen, muss der Weg frei sein für neue Ideen, die es zu diskutieren gilt:

- 141
- 142 - Mandatsträger, die durch die Partei persönliche Wahlerfolge erzielten, müssen sich
143 wieder mehr als Teil der Partei verstehen und danach handeln.
 - 144
 - 145 - die Einbeziehung von gewählten Gremien muss gestärkt werden.
 - 146
 - 147 - die Entscheidungsfindung muss für alle nachvollziehbar gestaltet werden.
 - 148
 - 149 - wir brauchen nicht weniger, sondern mehr überregionale Zusammentreffen. Süd, Nord-
150 und Mittelhessen-Parteitage zur inhaltlichen Diskussion können dabei ein Ansatz sein.
 - 151
 - 152 - die Existenz von „Schein“-Gremien (im Sinne von nicht nachvollziehbar legitimiert) wie
153 dem hessischen SPD-Landespräsidium gilt es kritisch zu hinterfragen und ggf.
154 abzuschaffen.
 - 155
 - 156 - auch wenn unsere Partei von den Mitgliederzahlen her schrumpft, ist dies kein Grund für
157 eine wahllose Ämteranhäufung. Hauptamtliche MandatsträgerInnen sollten nicht in
158 innerparteilichen Vorständen sitzen, deren politischer Ebene sie angehören, denn damit
159 fällt jegliche inhaltliche Erweiterung aus und man schmort nur noch im eigenen Saft
 - 160
 - 161 - die „Kommunale Familie“ gilt es zu stärken.
 - 162
 - 163 - Transparenz muss auch dahingehend gelebt werden, dass für alle Genossinnen und
164 Genossen klar zu erkennen ist, wer von den gewählten Vorstandsmitgliedern an den
165 jeweiligen Sitzungen teilgenommen hat. Solche Informationen wie auch
166 Sitzungsprotokolle, verabschiedete Anträge, Sitzungsvorlagen, aber auch die
167 Parteimitgliedsbeiträge von Vorstandsmitgliedern und deren weitere Posten können in
168 einem neu eingerichteten SPD internen Intranet veröffentlicht werden.
 - 169
 - 170 - um die Beteiligungsmöglichkeiten möglichst Vieler zu gewährleisten soll ein „Jourfix“ vor
171 jeder Unterbezirks-, Bezirks-, Landes- und Bundesvorstandssitzung abgehalten werden,
172 an dem alle SPD-Mitglieder teilnehmen dürfen, die dies möchten.
 - 173
 - 174 - Hauptamtliche und insbesondere Abgeordnete, die in Personalführungsverantwortung
175 stehen, werden verpflichtet, einen Personalführungslehrgang zu absolvieren und
176 regelmäßig an Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterführung teilzunehmen.

- 177
- 178 - vierteljährlich sollen MitarbeiterInnenversammlungen aller SPD-MitarbeiterInnen und
179 MdB, MdL und MdEP MitarbeiterInnen stattfinden.
- 180
- 181
- 182 - zukünftig dürfen die Genossinnen und Genossen die Geschäftsführer auf Bezirks- und
183 Landesebene bei Neubesetzung des entsprechenden Postens wählen.
- 184
- 185 **Dies sind nur einige Ideen und Anregungen, die jeder Zeit ergänzt und erweitert werden**
186 **können. Am Ende dieses Prozesses steht der Umbau der Gesellschaft nach**
187 **sozialdemokratischem Vorbild mit innerparteilichen Strukturen, die den langfristigen**
188 **Wahlerfolg sichern.**

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: O 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz

Betr.: Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Teilhabe aller Menschen

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
2
3 Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie in
4 gesellschaftlichen Konzepten zu integrieren und umzusetzen ist das verbindende Element,
5 welches uns nordhessische JungsozialistInnen eint.
6
7 Aufbauend auf diesen Grundwerten wollen wir eine Gesellschaft an der jeder Mensch politisch,
8 wirtschaftlich und kulturell teilhaben kann. Für gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen,
9 insbesondere der ArbeiterInnen, kämpft die Sozialdemokratie nun seit 150 Jahren. Wir Jusos in
10 Hessen-Nord bekennen uns klar dazu, dass das Leitmotiv und Ziel unseres Handelns die
11 Ermöglichung der Teilhabe aller ist.
12
13 Wer eine gerechte Gesellschaft will, der braucht selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen.
14 Dazu bedarf es nicht nur einer gerechten Verteilung von Ressourcen, sondern auch der
15 Möglichkeit der politischen Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger.
16
17 Soziale Isolation ist schon seit längerer Zeit als Folge mangelnder Teilhabe zu erkennen. Die
18 Ausgrenzung erfolgt gegen den Willen der Betroffenen und macht sie zu Menschen zweiter
19 Klasse.
20
21 Die nationale Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung belegt, was viele
22 eh schon wissen: Armut verfestigt sich und von einer Trendwende kann keine Rede sein. Wer
23 einmal in Armut geraten ist, der kommt nur schwer wieder heraus. Aus eigener Kraft ist es fast
24 unmöglich. Dabei sind vor allem ArbeiterInnenfamilien mit mehreren Kindern oder
25 alleinerziehende Mütter oder Väter sowie Menschen mit Migrationshintergrund betroffen. Die
26 Folge mangelnder sozialer Teilhabe ist häufig die Abnahme von demokratischer und
27 gesellschaftlicher Teilhabe.
28
29 Insbesondere auch behinderte Menschen erfahren tagtäglich Beeinträchtigungen der
30 gesellschaftlichen Teilhabe. In einem umfassenden Sinne bedeutet Teilhabe, unter normalen
31 Bedingungen am gesellschaftlichen, am wirtschaftlichen Leben und am politischen Leben
32 teilnehmen zu können. Hierfür ist es erforderlich, für Barrierefreiheit zu sorgen.
33
34 Im Hamburger Programm steht: „Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.
35 Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben
36 kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. [...] Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde
37 jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von
38 Herkunft oder Geschlecht.“
39
40 **Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen**
41 Wer eine aktive BürgerInnen-Gesellschaft will, muss die Einmischung in und Mitgestaltung von

42 politischen Entscheidungsprozessen vorantreiben. Herausgehobenes Beteiligungsrecht in einer
43 repräsentativen Demokratie ist das Wahlrecht. Die Festlegung auf das Wahlalter ist eine
44 bewusste Einschränkung der Teilhabe. Doch aus unserer Sicht sind junge Menschen schon
45 sehr wohl in der Lage über ihre eigene Zukunft befinden zu können. Wir wollen daher die
46 Einschränkung der Teilhabe möglichst gering halten und setzen uns für eine Herabsenkung
47 des Wahlalters auf 14 Jahre ein.

48
49 Die Bereitschaft zur politischen Teilhabe entsteht nicht erst im Erwachsenenalter. Viele Kinder
50 und Jugendliche möchten mitreden und mitentscheiden können, wenn es um ihre Belange
51 geht. Gelegenheiten dafür zu schaffen, bedeutet eine große Chance für die Entwicklung der
52 Gesellschaft wahrzunehmen: Kinder und Jugendliche lernen demokratische Abläufe und
53 Verhaltensweisen kennen und erwerben soziale Kompetenzen.

54
55 Ein Schwerpunkt der Arbeit der nordhessischen Jusos liegt immer schon bei
56 kommunalpolitischen Sachfragen. Auch hier ist eine Teilhabe aller Menschen absolut in
57 unserem Interesse.

58
59 Die Regelungen zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, die Teil von
60 Teilhabe an Politik sein können, sind jedoch von Bundesland zu Bundesland teilweise sehr
61 unterschiedlich. Die einzelnen Gemeindeordnungen geben mehr oder weniger detaillierte
62 Regelungen vor, die genau berücksichtigt werden müssen, damit ein Bürgerbegehren zulässig
63 ist und ein Bürgerentscheid stattfinden kann. Wir fordern, dass diese Regelungen so
64 abgeändert werden, dass sie zu mehr Bürgerbegehren führen. Dazu gehört, dass Quoren nicht
65 unnötig hoch festgelegt werden.

66
67 Alle 16 Bundesländer sehen darüber hinaus Möglichkeiten der direkten Volksgesetzgebung auf
68 Landesebene vor. Für das Volksbegehren ist ein bestimmtes Unterschriftenquorum
69 erforderlich. Es variiert zwischen 4 % (Brandenburg) und 20 % , wie wir sie bei uns in Hessen
70 haben. Wir fordern hier ein einheitliches und teilhabe-förderndes Quorum von 5%.

71
72 Die Ansprüche politisch interessierter und gut informierter Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich
73 des Zugangs zu politischen Informationen, der Transparenz politischer Prozesse und auch der
74 Teilhabe an der Entscheidungsfindung über das Internet sind gewachsen und werden weiter
75 wachsen.

76
77 Für Nutzergruppen mit geringer Kompetenz im Umgang mit den Möglichkeiten politischer
78 Kommunikation und Information im Netz kann das Internet als Quelle politischer Information
79 und Teilhabe verschlossen bleiben. Das darf die Sozialdemokratie nicht zulassen. Wir müssen
80 den Zugang zu Information auch in der digitalen Welt für alle garantieren.

81 82 **Bildung – Der Grundstein gesellschaftlicher Teilhabe**

83
84 Eine gute Bildungspolitik hat die Teilhabe aller Menschen an Bildung und der Gesellschaft von
85 Geburt an zum Ziel. Bildung muss für alle Menschen zugänglich und barrierefrei sein. In einer
86 Gesellschaft in der jeder Mensch die gleiche Chance auf Bildung hat, entscheidet nicht mehr
87 die Herkunft über die Zukunftsperspektiven, sondern alle Menschen haben die gleiche Chance.
88 Daher fordern wir als nordhessische Jungsozialistinnen und Jungsozialisten:

- 89
90 – kostenfreien Zugang zur Bildung von der frühkindlichen Bildung bis zur
91 Hochschulbildung
92 – Lehrmittelfreiheit für alle
93 – Gemeinschaftsschule im Ganztagsbetrieb mit kostenfreier Verpflegung für die gesamte
94 Schulzeit
95 – emanzipatorische und selbstbestimmte Bildungsstandards
96 – demokratisch organisierte Bildungseinrichtungen.

97
98 Bildung ist der entscheidende Zugang zur Teilhabe an der Gesellschaft. Die Diskriminierung
99 von Kindern aus nichtakademischen Familien muss endlich beendet werden. Das ist der erste
100 Schritt zu einer Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft.

101 102 **Unsere Gesellschaft braucht Teilhabe**

103
104 Das Ziel der politischen Teilhabe umfasst alle politischen Felder und muss bei unserem
105 Handeln Berücksichtigung finden.

106
107 Als ein originäres Feld unserer Politik, dem der Arbeit, muss es unser Ziel sein, dass alle
108 Menschen einen freien Zugang zu einer Arbeit finden. Somit ist die auf Zwang basierende
109 Arbeitsmarktreform der Rot-Grünen Regierungsjahre dringendst reformierungsbedürftig. Wer
110 arbeitet muss von seinem Geld innerhalb der Gesellschaft leben können. Das bedeutet, Arbeit
111 muss entsprechend bezahlt werden. Daher stehen wir nordhessischen Jusos klar für die
112 Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

113
114 In der Arbeitswelt bedarf es auch der aktiven Teilhabe der ArbeitnehmerInnen. Daher müssen
115 die demokratischen Strukturen von Betrieben und die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen
116 gestärkt werden. Auch Azubis müssen umfassende demokratische Mitwirkungsrechte in den
117 Betrieben erhalten. Vorhandene Strukturen wie die Jugendauszubildendenvertretung müssen in
118 ihrer Arbeit gestärkt werden.

119
120 Wir JungsozialistInnen in Nordhessen fordern eine internationale Gemeinschaft, in der keine
121 Gesellschaftsgruppe auf Kosten einer anderen lebt. Niemand hat das Recht, aus den
122 wohlhabenden Lebensumständen in die sie oder er hineingeboren wurde, die Legitimation
123 abzuleiten andere Menschen, wenn auch passiv, auszubeuten. Wir verstehen uns daher als ein
124 Internationalistischer Verband, der sein Handeln aus einer globalen Perspektive begründet.

125
126 Als Verband stehen wir auch für eine fortschrittliche, also progressive, Politik deren Ziel die
127 Teilhabe aller Menschen ist. Somit treten wir für eine Politik ein, deren Entscheidungen auch
128 immer die Nachhaltigkeit ihrer Entscheidungen berücksichtigt. Für uns bedeutet Nachhaltigkeit
129 daher einen zukunftsverantwortlichen Umgang mit der Umwelt und Gesellschaft.

130
131 Eine Teilhabe aller bedeutet auch, dass kein Mensch in unserer Gesellschaft benachteiligt oder
132 ausgegrenzt werden darf. Noch werden viel zu viele Mitglieder der Gesellschaft aufgrund ihres
133 Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung
134 diskriminiert. Das wollen wir nicht hinnehmen, sondern bekämpfen.

135
136 Das Konzept einer Zweiklassengesellschaft widerspricht unserem Verständnis der Teilhabe
137 aller. Daher wollen wir die Systeme in denen ein Zweiklassensystem etabliert wurde
138 reformieren. Vordergründig ist hier etwa die Gesundheitspolitik zu nennen. Eine
139 Bürgerversicherung ist der beste Garant einer Teilhabe an einem guten und modernen
140 Gesundheitssystem für alle.

141
142 Nordhessen ist eine ländliche Region. Unser Ziel ist es auch hier allen Menschen
143 gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu garantieren. Vor allem junge und alte Menschen
144 sind daher auf einen gut ausgebauten ÖPNV und lebendige Gemeindestrukturen angewiesen.
145 Das werden wir in unserer Politik berücksichtigen.

146 147 **Freiheit und Gerechtigkeit sind Leitlinien sozialdemokratischen Handelns.**

148 Es ist unsere Aufgabe, wirtschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe aller Menschen zu
149 ermöglichen.

150 Gerade jetzt, da Armut sich zunehmend verfestigt und gleichzeitig die Gefahr besteht, dass die
151 kommunale Daseinsvorsorge eingeschränkt wird, ist der Einsatz für die Teilhabe aller
152 Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig.

153
154 Für uns ist gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen ein umfassendes Zukunftsmodell,
155 welches stetige Berücksichtigung in unserem gesamten politischen Handeln bedarf.
156 Wir sehen gesellschaftliche Teilhabe als Ziel unserer sozialistischen Politik.
157
158 Wir nordhessischen Jusos wollen eine Gesellschaft in der alle Menschen sich beteiligen und
159 teilhaben. Daher wollen wir unsere Arbeit vermehrt daran ausrichten, ob
160 unser Handeln alle Menschen mit einbindet und ihnen die Chance bietet an der Gesellschaft
161 teilzuhaben. Daher lasst uns die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen als das Ziel unserer
162 sozialistischen Politik fassen, lasst uns danach handeln und lasst uns somit an einer besseren
163 Gesellschaft arbeiten.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: O 4

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Trennung von Amt und Mandat bei hauptamtlichen
Wahlbeamten in Nordhessen

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2 Die Juso-Bezirkskonferenz fordert die Trennung von Amt und Mandat bei hauptamtlichen
3 Wahlbeamten, die der SPD angehören, wie z.B. Bürgermeistern. Diese sollen wegen ihrer
4 möglichen exekutiven Aufgaben nicht den Kreistagen als Mitglieder angehören. Gemäß der
5 gegenwärtigen Parteireform der SPD wollen wir mehr Mitgliedern die Chance geben, ein
6 Mandat oder Amt zu begleiten und damit eine größere Verteilung der Macht ermöglichen.
7 Deswegen soll die Satzung des SPD Bezirks Hessen-Nord dahingehend geändert werden,
8 dass die hauptamtlichen Wahlbeamten, die der SPD angehören, nach Möglichkeit kein
9 weiteres Mandat auf sich vereinigen sollen. In der Ausübung ihres Mandates sollten sie sich
10 nicht selber Weisungen erteilen können (Wie es beispielsweise bei einem Bürgermeister der
11 Fall wäre, der auch Kreistagsabgeordneter ist).

12

13 **Begründung:**

14 Im Kreistag des Schwalm-Eder-Kreises und anderer nordhessischer Kreistage haben viele
15 Bürgermeister ein Mandat bekommen.

16 Tatsächlich steht das im Widerspruch (vor allem bei den Stadt- und Gemeindeoberhäuptern) zu
17 demokratischen Gepflogenheiten:

- 18 1. Bürgermeister sind Bedienstete der Städte und Gemeinden und unterliegen den
19 Weisungen und der Fachaufsicht des Landrats. Der Landrat wiederum unterliegt der
20 Weisung und der Aufsicht des Kreistages. Wenn also ein Bürgermeister ein
21 Kreistagsmandat begleitet, dann erteilt er sich über dieses selbst Weisungen, wodurch
22 er sich einer Kontrolle des Kreistages entzieht.
- 23 2. Die Interessenverflechtungen zwischen dem Bürgermeistamt und dem Kreistag führen
24 dazu, dass Bürgermeister ein Kreistagsmandat nicht mit der gebotenen Unabhängigkeit
25 und Freiheit ausüben können. Insbesondere beim Beschluss der Höhe der
26 Kreisumlage, welche die Städte und Gemeinden an den Kreis zahlen müssen, werden
27 nur Gemeindeinteressen vertreten.
- 28 3. Eine Häufung von Ämtern und Mandaten bei einzelnen Personen sollte grundsätzlich
29 möglichst vermieden werden, um der Bildung von Machtanhäufung vorzubeugen.
- 30 4. Ein Bürgermeister benötigt des Weiteren sehr viel Zeit, um seinem Mandat
31 nachzugehen und hat somit nicht mehr genügend Zeit sich seinen Kreistagsaufgaben
32 zu widmen.

33 Grundsätzlich verhindert eine Trennung von Amt und Mandat, dass sich zu viel Macht auf
34 wenige Personen konzentriert.

Beschlossene Anträge

L

Land

L 1 Familienkarte Hessen

Unterbezirk Schwalm-Eder

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch
Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ**

Antrag: L 1

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm Eder

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD Landesvorstand,
SPD Landesparteitag, SPD Bezirksparteitag,
Juso-Landeskonferenz

Betr.: Familienkarte Hessen entkommerzialisieren

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
2
3 Die am 2. Juli 2010 eingeführte „Familienkarte Hessen“ gibt ihrem Inhaber Rabatte in
4 Supermärkten und Raststätten. Die größten der 150 sogenannten Premiumpartner sind Hipp,
5 Tank & Rast, Rewe, RMV und die SV Sparkassen Versicherung. Zudem können
6 Beratungsangebote in Anspruch genommen werden. Bewerben können sich alle hessischen
7 Haushalte mit einem Kind unter 18 Jahren. Die Karte ist kostenlos.
8 Die Familienkarte ist 2010 mit einem Budget von einer Million Euro für zwei Jahre eingeführt
9 worden. 2011 schlug sie mit 800.000 Euro zu Buche. Heute haben 100.000 Familien eine
10 Familienkarte. Die Karte fördert mit öffentlichen Mitteln primär Rabattaktionen des privaten
11 Wirtschaftssektors. Die Familienkarte ist ein Werkzeug zur kommerziellen Kundenbindung und
12 ein Marketinginstrument der beteiligten Partner. Das Geld wäre anderen Projekten der
13 Familienförderung besser angelegt gewesen - bei Bildungsstätten und Mütterzentren wurden
14 Zuschüsse gestrichen!
15 Die Jusos fordern, dass Konzept der Familienkarte grundlegend zu verändern: die
16 Familienkarte soll weniger kommerzielle Angebote beinhalten und stattdessen vor allem
17 einkommensschwachen Familien ein vergünstigtes Angebot zur Freizeitnutzung ermöglichen,
18 wie z.B. vergünstigte Eintrittspreise für Museen, kulturelle Veranstaltungen oder sportliche
19 Angebote. Diese Angebote sollten besonders in Zusammenarbeit mit den Kommunen
20 entstehen.

Beschlossene Anträge

Ini

Initiativanträge

- Ini1 Solarkürzung
- Ini2 Ehrensold abschaffen für Bundespräsidenten, die aus nicht politischen Gründen abtreten

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>
--

Antrag: Ini 1

Antragsteller: Ausreichende Zahl an Delegierten

Betr.: Solarkürzung

1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:

2
3 Als am 23. Februar Deutschland um die Opfer der NSU trauerte, machten sie zwei
4 Bundesminister auf den Weg in die Bundespresseagentur, um im Schatten der
5 Trauerfeier ohne viel Aufsehen eine drastische Kürzung der Solarförderung zu
6 beschließen.

7
8 Röttgen und Rösler machen sich nun daran die vier großen Energiekonzerne vor der
9 unliebsamen Konkurrenz aus den Stadt- und Gemeindewerken sowie privaten
10 Haushalten zu schützen. Als vor etwa einem Jahr die schwarz-gelbe Bundesregierung
11 den Ausstieg vom Ausstieg des Ausstieges verkündete, war bereits vielen klar, dass es
12 zu einigen Geschenken für die Atomlobby kommen würde. Das erste Geschenk war die
13 unverhältnismäßig hohe Vergütung von Off-Shore-Windstrom, das zweite, die aktuelle
14 geplante Ausbremsung vieler kleiner Initiativen, wie sie von uns Bürgern vorangebracht
15 werden, die durch das EEG der rot-grünen Bundesregierung die Möglichkeit bekamen,
16 sich aktiv und lukrativ an der Energiewende zu beteiligen.

17
18 Photovoltaikanlagen, die durch viele Privatpersonen auf ihren Dächern oder im
19 Rahmen von Bürgerenergiegenossenschaften betrieben werden, spielen nicht nur eine
20 wichtige Rolle bei der dezentralen Energieversorgung und Pluralisierung des
21 Energiemarktes, sie sind auch ein wahrer Jobmotor.

22
23 Auch wenn sie nicht das Gleiche zu leisten vermag wie die Windenergie, so hilft sie
24 bereits jetzt, Spitzenlasten abzufedern, nicht nur alltägliche, sondern auch in der letzten
25 Kälteperiode, als deutscher Solarstrom in das Kernkraftland Frankreich exportiert
26 wurde.

27 Dabei ist noch längst nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Forscher und
28 Entwickler arbeiten daran, dass Photovoltaikanlagen zur Stabilisierung der Netze
29 beitragen, ein Beitrag, der in Zukunft immer wichtiger wird, da wir für die Energiewende
30 flexible Netze benötigen werden.

31
32
33 Soll denn alles so bleiben wie bisher?

34
35 Nein, so einfach machen wir Jusos uns das nicht. Klar ist, dass die Solarförderung
36 nach und nach zurückgefahren werden muss, so dass die Solarbranche irgendwann
37 aus sich selbst konkurrenzfähig ist. - Das geht allerdings nicht in einem Hau-Ruck-
38 Verfahren, in dem all diejenigen den Boden unter den Füßen weggezogen bekommen,
39 die derzeit eine Photovoltaikanlage planen, um saubere Energie für uns alle
40 herzustellen. Eine verlässliche Planung wird hierdurch nicht ermöglicht, viel schlimmer
41 ist, dass viele Privathaushalte nun von Investitionen absehen.

42
43 **Daher fordern wie Jusos, dass die derzeitigen Kürzungen zeitlich deutlich**
44 **gestreckt werden und mit dem Beginn der Vergütungsabsenkung nicht vor**
45 **September 2012 begonnen wird, um Planungssicherheit herzustellen.**
46
47 **Die Jusos kritisieren die geplante Erhöhung des Selbstverbrauches, da die**
48 **Energiewende nur funktionieren kann, wenn wir alle weniger Energie**
49 **verbrauchen. Mit der Erhöhung des Eigenverbrauches wird ein effizienter**
50 **Umgang mit Energie nicht gefördert, sondern gegenteilige Anreize gesetzt.**
51
52 **Weiterhin fordern wir, dass das "Grünstromprivileg" erhalten bleibt, und**
53 **erneuerbare Energien stets Einspeisevorrang haben, vor Energie aus fossilen**
54 **Brennstoffen und Kernkraft..**

<p style="text-align: center;">Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Beschlussbuch Ord. Bezirkskonferenz 2012 • Rotenburg an der Fulda • HKZ</p>

Antrag: Ini 2

Antragsteller: Ausreichende Zahl an Delegierten

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD Bundestagsfraktion

Betr.: Ehrensold abschaffen für Bundestagspräsidenten, die aus nicht politischen Gründen abtreten

- 1 Die Bezirkskonferenz hat beschlossen:
- 2 Die Jusos Hessen-Nord fordern, dass der Ehrensold für Bundespräsidenten abgeschafft wird,
- 3 die aus nicht politischen Gründen abtreten. (Ausnahme: Krankheitsfall nach 2 ½ Jahren
- 4 Amtszeit.).